

Holger Horsch

"Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?"

MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt

(Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3)

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Holger Horsch: "Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?" MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3 (BF informiert 19/1997)

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421306154>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifizier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen
der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der
Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

Berlin 1997

ISBN 978-3-942130-61-5

urn:nbn:de:0292-97839421306154

Inhalt

Vorbemerkung	3
1 Einleitung	6
2 Ungarn – der "Eiserne Vorhang" fällt	8
3 Der Schock	13
4 MfS und SED	19
5 Erzwungener Rückzug	29
6 Mißlungene "Wende"	42
7 Abwicklung	54
Abkürzungsverzeichnis	56

Vorbemerkung

Auf einer Sitzung der SED-Bezirksleitung erklärte am 23. November 1989 Siegfried Gehlert, der Leiter der Stasi-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt: "Ich meine, daß die Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane, ob Volkspolizisten oder Tschekisten als die wir uns nach wie vor fühlen und auch danach handeln, es verdient haben, von der Partei, die sie 40 Jahre geschützt hat, nun auch endlich geschützt zu werden."¹ Wahrscheinlich meinte er: Die Staatssicherheit habe all die Jahre die SED "geschützt", doch auch so hat die protokollierte Aussage Sinn. Bemerkenswert ist noch etwas anderes: In dieser unzweifelhaft revolutionären – aus ihrer Sicht wohl eher konterrevolutionären – Situation waren die Karl-Marx-Städter "Tschekisten" vor allem um den eigenen Schutz besorgt und betrachteten die wachsende Distanzierung der regionalen SED-Spitze vom Staatssicherheitsdienst mit Unbehagen und Mißtrauen. Sie fühlten sich, wie Gehlert schon Wochen zuvor vorwurfsvoll nach Berlin gemeldet hatte, "von der Partei alleingelassen"².

Es handelte sich um mehr als Demoralisierung: eine tiefgehende Desorientierung, weil "Schild und Schwert" von der Partei fallengelassen und plötzlich als Fremdkörper behandelt wurden. Das galt zumindest für das Auftreten von SED-Funktionären in der sich nun entfaltenden Öffentlichkeit und war wohl wesentlich durch das Bemühen motiviert, wenigstens das eigene politische Überleben zu sichern. Die Konstellation war in anderen Bezirken ähnlich, aber Generalleutnant Gehlert hat dieses Abwenden seiner Partei gewiß als besonders schmerzhaft empfunden, war er doch von Anfang an dabeigewesen. Seit 1949 SED-Mitglied; im Jahre 1950, dem Gründungsjahr des Ministeriums, von der Volkspolizei zur Staatssicherheit gewechselt, wurde er 1958 im Alter von 33 Jahren zum Leiter der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt ernannt. Im Herbst 1989 war der inzwischen 64jährige der dienstälteste BV-Chef im MfS, der über seinen Bezirk hinaus im Staatssicherheitsdienst über Renommee verfügte: Bei ihm waren einige spätere Spitzenkader des MfS wie die BV-Chefs von Gera, Dresden und Frankfurt in die Lehre gegangen. Der SED-Bezirksleitung gehörte er dreißig Jahre lang an. Seine Frustration, die in der oben zitierten Klage zum Ausdruck kam, war vor allem ein Ergebnis der vorangegangenen Wochen und Monate, in denen er vergebens auf eine Orientierung durch die Parteiführung gewartet hatte. Er wäre bereit gewesen, die Parteidiktatur auch mit härteren Methoden zu verteidigen, war aber auch Praktiker genug, um die Grenzen der eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erkennen.

Die vorliegende Studie von Holger Horsch, dem Archivleiter der Außenstelle Chemnitz des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, arbeitet – auch anhand von SED-Akten – be-

¹ Protokoll der Sitzung der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt am 23.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/015.

² Telegramm des Leiters der BVfS Karl-Marx-Stadt an das MfS Berlin vom 11.11.1989; BStU, ZA, Bestand Mittig 30, Bl. 76–78.

sonders diesen Aspekt heraus: die zunehmende Zerrüttung des Verhältnisses zwischen der zwar noch regierenden, aber konzeptionslosen Partei und ihrem Sicherheitsdienst als dem entscheidenden Faktor, der die Staatssicherheit dazu brachte, weitgehend kampflos zu kapitulieren. Das war alles andere als selbstverständlich. Gehlert hatte noch Ende August 1989 die Absicht verkündet, "diese Banditen [...] in die Furche [zu] ducken"³. Doch die Gegenseite ließ sich nicht länger einschüchtern. Es gab im Bezirk eine starke Bürgerrechtsbewegung – nur in Ostberlin zählte die Staatssicherheit mehr aktive Oppositionelle.⁴ Seit Beginn der achtziger Jahre war eine Vielzahl von Friedens- und Ökologiegruppen entstanden. Eine Ursache war, daß zu den allgemeinen Beschwerden des Lebens in der DDR eine drastisch zugespitzte Umweltsituation kam – Stichworte sind das Waldsterben im Erzgebirge und der Uranbergbau –, die vielfachen Protest auslöste. Im Jahr 1989 gab es zudem in Karl-Marx-Stadt sehr viele Bürger, die der DDR den Rücken kehren wollten, und noch mehr, die zu einem relativ frühen Zeitraum gegen das Regime auf die Straße gingen – allein in Plauen ab Mitte Oktober jeden Sonnabend etwa 20.000 Menschen. Ihnen stand – neben der "Volkspolizei" und den "Kampfgruppen" – eine der größten MfS-Bezirksverwaltungen in der DDR mit zuletzt über 3.800 hauptamtlichen und einem Mehrfachen an inoffiziellen Mitarbeitern gegenüber, die sich jedoch letztlich als ohnmächtig erwies. Einige der Gründe werden im folgenden herausgearbeitet.

Die Studie entstand im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Abteilung Bildung und Forschung, die Entmachtung der Staatssicherheit im Zentrum und in ausgewählten Regionen als Teil und Ergebnis der demokratischen Revolution aufzuarbeiten.⁵ Die gesellschaftliche Initiative zum Umbruch kam seinerzeit aus den südlichen Bezirken der DDR, aus Sachsen. Die Radikalisierung der Bewegung bis hin zum völligen Bruch mit dem alten Regime wurde ebenfalls auf regionaler Ebene schärfer forciert als in Ostberlin. Der Umwälzungs- und Auflösungsprozeß der DDR kann nur verstanden werden, wenn er in dieser Dialektik von Zentrum und Peripherie gesehen wird. Zudem erlauben Vergleiche der verschiedenen Regionalentwicklungen Rückschlüsse hinsichtlich der Taktik der Staatssicherheit – und natürlich auch der SED – in jenen Monaten. So scheint der Staatssicherheitsdienst beim Einschleusen inoffizieller Mitarbeiter in die Bürgerbewegung in Karl-Marx-Stadt erfolgreicher gewesen zu sein als zum Beispiel in Rostock. Der Nutzeffekt für die Rettung des alten Regimes war aber ebenfalls außerordentlich gering, nicht zuletzt weil diesen IM die Hände gebunden waren. Genaueres ist dazu in der vorliegenden Studie nachzulesen, die sowohl ein Beitrag zum

³ Redebeitrag Gehlerts auf der "Dienstbesprechung des Genossen Minister am 31. August 1989"; BStU, ZA, ZAIG 8679, Bl. 2–80, hier 34.

⁴ Vgl. "Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen" vom Mai 1989; BStU, ZA, DSt 103600.

⁵ Vgl. Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, BStU, Berlin 1994; Andreas Niemann und Walter Süß: "Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden". MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), BStU, Berlin 1996; Hans-Peter Löhn: "Unsere Nerven lagen allmählich blank". MfS und SED im Bezirk Halle (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), BStU, Berlin 1996. In Vorbereitung ist eine Studie zu Leipzig und eine größere Monographie zu MfS und Krise im Jahr 1989.

Verständnis des Gesamtgeschehens wie auch ein Stück Regionalgeschichtsschreibung ist, das in Chemnitz und Umgebung hoffentlich auf Interesse stoßen wird.

Walter Süß

1 Einleitung

Zur historischen Aufarbeitung der Ereignisse des Herbstes 1989 gibt es für den ehemaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt erstaunlich wenig Veröffentlichungen. Bisher liegt nur eine zusammenhängende Darstellung aus der Sicht der Bürgerbewegung vor.⁶ Dieser Beitrag soll ein erster Versuch sein, die Auswirkungen der Ereignisse auf die damalige Bezirksverwaltung für Staatssicherheit vor allem aus den von ihr hinterlassenen Unterlagen zu interpretieren. Wichtig erscheint, das Verhältnis von SED und Staatssicherheitsdienst zu beleuchten. Das MfS war zwar per Gesetz in das administrative Gefüge der DDR eingebettet, aber es hat sich in den fast 40 Jahren seiner Existenz nie vorrangig als Staatsorgan begriffen, sondern als "Schild und Schwert" der Partei, genauer der Parteiführung der SED. Aus diesem Verständnis heraus, aus dem Abhängigkeitsverhältnis von der Partei und der Agonie, in die die überalterte SED-Führung 1989 gefallen war, wird letztlich klarer, warum sich der Staat DDR und noch vor ihm die Geheimpolizei relativ widerstandslos auflösen ließen.

Das soll keineswegs die Bedeutung der Abstimmung mit den Füßen schmälern, die schon zu Zeiten der sowjetischen Besatzungszone begonnen hatte und die sich nach der gewaltsamen Unterbrechung der Fluchtbewegung durch den Mauerbau 1961 im Herbst 1989 über Ungarn und die deutschen Botschaften in Prag und Warschau fortsetzte. Zu bedenken ist auch der Mut der Bürger, die sich dem Regime entgegenstellten. In dieser Schilderung aber spielen beide Faktoren als handlungstreibende Kraft nur eine Nebenrolle. Zeitliche Grenzen der Darstellung bilden die Öffnung des "Eisernen Vorhangs" in Ungarn Mitte September und das Eindringen der Bürger in die Gebäude der Staatssicherheit Anfang Dezember 1989. Mit dem Wegfall der Kontrolle über die Menschen begann die letzte Phase des Auflösungsprozesses, an dessen Ende ein handlungsunfähiger Sicherheitsapparat stand. Für diesen Zeitraum blieben aussagekräftige Unterlagen der ehemaligen Bezirksverwaltung für Staatssicherheit erhalten, die relativ detaillierte Einblicke in die innere Verfassung der Regionaldienststelle des Geheimdienstes erlauben.

Ein großer Teil der Materialien ist noch nicht erschlossen, konnte aber dennoch in die Recherchen einbezogen werden. Interessant sind in diesem Zusammenhang besonders die wörtlich protokollierten Ausführungen auf den Dienstversammlungen des Bezirksverwaltungsleiters der Staatssicherheit. Um ein hohes Maß an Authentizität zu erreichen, wurde in vielen Fällen aus solchen Originaldokumenten zitiert. Sprache und Wortwahl geben Aufschluß über die Denkweise der MfS-Mitarbeiter. Weiterhin wurden die im Staatsarchiv Chemnitz befindlichen Unterlagen der SED-Bezirksleitung und des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt durchgesehen. Die Überlieferung ist leider lückenhaft. Es fanden sich darin nur wenige Hinweise auf die Geheimpolizei, aber wertvolle Erkenntnisse zum Zerfallsprozeß der SED an der Basis, der allerdings einer eigenständigen Untersuchung vorbehalten bleiben muß. Die

⁶ Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/1990, Chemnitz 1991.

zentrale Entwicklung wurde nur insoweit berücksichtigt, wie sie sich auf den regionalen Bereich unmittelbar ausgewirkt hat.⁷

Wenn man den Bezirk Karl-Marx-Stadt mit anderen Territorien der ehemaligen DDR vergleicht, stechen die ausgeprägte industrielle Struktur seiner Wirtschaft und die dichte Besiedlung ins Auge. Chemnitz, wie die Bezirkshauptstadt Karl-Marx-Stadt seit Mai 1990 wieder heißt, vor 1945 oft als "das sächsische Manchester" bezeichnet, hat eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung. Das dürfte auch der Grund für seine Umbenennung am 10. Mai 1953 gewesen sein, obwohl es keine nachweisbare Beziehung zwischen dem Namenspatron und der nach ihm benannten Stadt gibt. Karl-Marx-Stadt blieb auch zu Zeiten von Erich Honecker im besonderen Blickfeld der SED-Führung. Hier ließ sich der Parteivorsitzende in die Volkskammer "wählen". 1976 übernahm der aus dem erzgebirgischen Annaberg stammende und durch eine gemeinsame FDJ-Vergangenheit mit Erich Honecker verbundene Siegfried Lorenz die Leitung der SED im Bezirk, später rückte er ins Machtzentrum, das Politbüro der Partei, auf. Im November 1989 wurde er zu einem der Sekretäre des Zentralkomitees gewählt. Als Nachfolger löste ihn Dr. Norbert Kertscher ab, bis dahin 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Hohenstein-Ernstthal.⁸

Die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt war mit 3.829 Mitarbeitern eine der größten innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit.⁹ Häufig wurden ihre Leistungen von der Zentrale lobend hervorgehoben. Die folgenden Zahlen für die ersten neun Monate des Jahres 1989 belegen die Funktionstüchtigkeit des Überwachungsapparates. Die Führungsoffiziere trafen sich mit 8.128 inoffiziellen Mitarbeitern (IM) 70.490 mal in insgesamt 3.059 konspirativen Wohnungen.¹⁰ Damit kam jeder IM durchschnittlich einmal im Monat mit seinem hauptamtlichen Ansprechpartner zusammen und übergab die geforderten Informationen. Eine Kartei der konspirativen Wohnungen läßt erkennen, daß die Überwachung fast lückenlos organisiert war.

An der Spitze der MfS-Bezirksverwaltung stand der 1987 zum Generalleutnant beförderte Siegfried Gehlert. Er hatte nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1948 als Anwärter bei der Polizei begonnen und wechselte 1950 im Range eines Oberkommissars zum gerade gegründeten Ministerium für Staatssicherheit. 1952 leitete er schon die Kreisdienststelle in Auerbach, übernahm 1958 die Führung der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt und hatte diese Funktion bis Anfang Dezember 1989 inne.¹¹ 1973 promovierte er an der "Juristischen Hochschule" des

⁷ Verwiesen werden kann auf Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, BStU, Berlin 1994.

⁸ Protokoll zur außerordentlichen Tagung der SED-Bezirksleitung am 11.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/014.

⁹ Arbeitsbuch Generalleutnant Gehlert, Beilage S. 1; BStU, ASt Chemnitz, L 179; vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 101.

¹⁰ Thesen zur operativen Arbeit, Anlage: Ausgewählte statistische Werte zur Entwicklung der IM-Arbeit von Januar bis September 1989 im Vergleich mit dem Vorjahrszeitraum; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 123.

¹¹ Personalakte Siegfried Gehlert; BStU, ZA, KS 29673/90, Bl. 5–6.

MfS in Potsdam-Eiche in einer Gemeinschaftsarbeit mit drei anderen Geheimdienstmitarbeitern über die Vervollkommnung der Arbeit der Kreisdienststellen zum Dr. jur.¹² Beurteilungen und viele Auszeichnungen bescheinigen ihm, daß "er seine ganze Kraft und Persönlichkeit für die ständige Qualifizierung des Kampfes gegen die Feinde" einsetzte. Viele sowjetische Auszeichnungen stützen die Aussage, daß er Wert auf "eine enge brüderliche Zusammenarbeit mit den sowjetischen Tschekisten legte".¹³ Aus den Protokollen der Dienstversammlungen läßt sich ablesen, daß Gehlert in den langen Jahren seiner Tätigkeit als Bezirkschef Denken und Handeln seiner Mitarbeiter geprägt hat. Im Herbst 1989 paßte er sich trotz seiner 64 Jahre der sich ständig verändernden Situation relativ gut an. Gehlert mobilisierte seine geheimdienstlichen Erfahrungen für den Machterhalt der SED-Diktatur und den der eigenen Position – am Ende vergeblich. In seinem Denken vermutlich stark von Erich Mielke beeinflußt, war es ihm noch Ende November 1989 nicht möglich, sein bisheriges Gesellschaftsverständnis in Frage zu stellen. In der Diskussion zu einem Positionspapier der sich neu orientierenden SED bestritt er vehement, daß es in der Partei je stalinistische Strukturen und Personenkult gegeben hätte. Als Gewährsleute dafür, daß sich solche Entwicklungen nicht vollziehen konnten, benannte er ausgerechnet die Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht und Walter Ulbricht. Die Partei hat für ihn noch immer recht, Fehler können nur einzelne Mitglieder begangen haben.¹⁴ Das ist eine Einstellung, die aus den Statements vieler MfS-Generäle zu erkennen ist.

2 Ungarn – der "Eiserne Vorhang" fällt

In der Dienstbesprechung am 31. August 1989 hatte Erich Mielke die Bezirksverwaltungsleiter an die vier Grundaufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit erinnert: den Erhalt von "Ruhe, Ordnung, Sicherheit und der Macht"¹⁵. Zwei Tage später, bei deren Auswertung auf der Dienstversammlung beim Leiter der Bezirksverwaltung schwang hinsichtlich der Verwirklichung dieser Forderung in vielen Beiträgen schon ausgeprägte Resignation mit. Den Genossen wurde klar, daß eine ähnliche Situation wie vor dem 13. August 1961 im Entstehen war. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt hatten seit Jahresanfang über 1,5 Prozent der Bevölkerung einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik gestellt, in den größeren Städten Karl-Marx-Stadt, Zwickau, Plauen und Freiberg wollten sogar mehr als 2 Prozent der Bürger ihre Heimat verlassen. Die Entschlossensten von ihnen versuchten, über die Besetzung der bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau eine Lösung zu erzwingen. Es handelte sich vor allem um junge, gut ausgebildete Leute, darunter relativ viele Ärzte, die nichts mehr in der DDR

¹² Vgl. Günter Förster: Die Dissertationen an der "Juristischen Hochschule" des MfS, BStU, Berlin 1994, S. 65.

¹³ Personalakte Siegfried Gehlert; BStU, ZA, KS 29673/90, Bl. 99 und 131.

¹⁴ Beratung über das "Positionspapier der SED-Bezirksleitung zur Diskussion mit den Bürgern des Bezirkes Karl-Marx-Stadt" am 23.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/015.

¹⁵ "Dienstbesprechung des Genossen Minister am 31. August 1989"; BStU, ZA, ZAIG 8679, Bl. 3.

hielt.¹⁶ Ungeschminkt wurden die Ursachen aufgezählt, die die Bevölkerung diskutierte und viele Menschen einen Ausreiseantrag stellen ließ: die Medienpolitik, das Verschweigen der Ursachen der Ausreisewelle, die steigende Umweltbelastung, die zunehmenden Versorgungsengpässe selbst bei Grundnahrungsmitteln und – wie sicher nicht von ungefähr formuliert wurde – "ein angeblich fehlendes Konzept zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung der DDR sowie zur Lösung bestehender Probleme (Zukunftsungewißheit)". In manchen Ausführungen auf der Dienstversammlung klang Verständnis mit den Ausreisewilligen mit. In 120 Informationen hatte das MfS seit 1987 Partei- und Staatsfunktionäre auf Mängel vor allem im Gesundheitswesen hingewiesen. Die Bürokratie hatte kaum reagiert und sogar weitere Nachforschungen untersagt.¹⁷ Auf der Dienstbesprechung des Ministers hatte sich Gehlert von Mielke den Vorwurf anhören müssen, daß er sich um das Abstellen von langfristig bekannten Mängeln selbst hätte kümmern können.¹⁸ Wie es weitergehen sollte, konnte sich keiner mehr vorstellen. Mit administrativen Mitteln ließen sich die Probleme nicht lösen. In den Abteilungen für Innere Angelegenheiten bei den Räten der Städte und Kreise mußten sich einzelne Mitarbeiter mit bis zu 150 Ausreisewilligen auseinandersetzen. Mitarbeiter, die in den Betrieben für Gespräche mit "Antragstellern" eingesetzt wurden, resignierten vor der Ausreisewelle.¹⁹

Auch die Mitarbeiter der Staatssicherheit konnten ihren Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang gerecht werden. Die für Ermittlungsverfahren bei "ungesetzlichen Grenzübertritten" (§ 213 des DDR-Strafgesetzbuches) zuständige Untersuchungsabteilung IX sah sich kaum mehr in der Lage, wie bisher jeden Fall zu untersuchen. Es wurden Überlegungen angestellt, ob ein größerer Teil dieser Aufgaben an die Volkspolizei übertragen werden könnte.²⁰ Ein früher undenkbares Zurückweichen gegenüber den Ausreisewilligen war es, als in der Dienstversammlung am 15. September bestimmt wurde, zu "Demonstrativhandlungen" neigende Antragsteller ausreisen zu lassen. Die Leitung der Bezirksverwaltung fürchtete Störungen der Feiern zum 40. Jahrestag der DDR.²¹

Das Überwachungssystem funktionierte auch an anderen Stellen nicht mehr. Die Abteilung XX war selbst in Verbindung mit den Mitarbeitern für Kirchenfragen bei den Räten der Kreise nicht mehr in der Lage, sich offensiv mit der Kirche auseinanderzusetzen. Immerhin hielt die Bezirksverwaltung 24 oppositionelle Zusammenschlüsse für so bedeutend, daß sie darüber die

¹⁶ Informationen über das gegenwärtige Antragsgeschehen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland von Bürgern des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, Stand 30.9.1989, Parteiinformation 529/89; BStU, ASt Chemnitz, AKG 393, Bl. 34–43.

¹⁷ Ausführungen Gehlerts auf der Dienstversammlung des Bezirksverwaltungsleiters (künftig: BV-Leiter) am 2.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 429, Bl. 13–14; Diskussionsbeitrag Gehlerts zur SED-Bezirksleitungssitzung am 11.11.1989, Parteiinformation 715 b/89, S. 1 und 3f.; BStU, ASt Chemnitz, AKG 417.

¹⁸ "Dienstbesprechung des Genossen Minister am 31. August 1989"; BStU, ZA, ZAIG 8679, Bl. 38.

¹⁹ Schwerpunkte zur Dienstbesprechung am 30.8.1989 beim Genossen Minister, Parteiinformation 447i/89, S. 5; BStU, ASt Chemnitz, AKG 381.

²⁰ Ausführungen des amtierenden Leiters der Abteilung IX auf der Dienstversammlung des BV-Leiters am 15.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 430, Bl. 30.

²¹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters vom 3.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 432, Bl. 5.

SED-Bezirksleitung und das Ministerium informierte. Die Gruppen arbeiteten fast alle unter dem Dach der Kirche, waren personell miteinander verflochten und erstreckten sich über den ganzen Bezirk. Schwerpunkte bildeten die Städte Karl-Marx-Stadt und Zwickau.²² Obwohl die Friedensbibliothek Zwickau als "überregionales Zentrum zur Verbreitung konterrevolutionären Gedankengutes" klassifiziert worden war, mußte festgestellt werden, daß sie "trotz wiederholter Gespräche bis hin auf die Ebene Staatssekretär–Landesbischof ihre Aktivitäten uneingeschränkt fortsetzt".²³ Alle Versuche, den Aufruf der Bürgerbewegung Neues Forum "Aufbruch '89" der Öffentlichkeit vorzuenthalten, scheiterten. Er wurde heimlich kopiert und ging von Hand zu Hand.²⁴ Anonyme Schreiben an SED-Leitungen und Behörden sowie auf Häuserwände und Straßen gemalte Forderungen nach persönlichen Freiheitsrechten und der Zulassung des Neuen Forums nahmen sprunghaft zu. Die verstärkt seit 1985 angestrebte flächendeckende Überwachung war offensichtlich an ihre Grenzen gestoßen. Wesentlich wurde die Krise dadurch verschärft, daß die ungarische Regierung unter heftigen Protesten der DDR am 11. September die Grenze zu Österreich öffnete. Tausende Ostdeutsche erhielten dadurch die Gelegenheit, sich ihren Ausreisewunsch in Richtung Westen zu erfüllen. Für die verbleibenden Menschen verbanden sich mit diesem Schritt Hoffnungen auf einen Ausweg aus dem System der totalen Kontrolle durch ihren Staat.

Die Leitung der Bezirksverwaltung fürchtete demoralisierende Auswirkungen auf die eigenen Reihen. So wurde eine "verstärkte politisch-ideologische Arbeit" mit den jungen Mitarbeitern der Staatssicherheit angemahnt. Ihnen sollte das Bewußtsein für die "Kraft des Sozialismus" erhalten bleiben. Als richtungsweisend wurden die in der Parteipresse vertretenen Standpunkte vorgegeben. An Formulierungen, wie "jeder sollte jeden kennen" und "Wankelmütigen muß geholfen werden", ist ablesbar, daß das Elitebewußtsein des MfS erste Kratzer erhalten hatte.²⁵ Ehemalige Angehörige des MfS verließen die DDR über Ungarn. Geklagt wurde über inoffizielle Mitarbeiter, die die Staatssicherheit "irreführt" und denselben Weg eingeschlagen hatten. Hauptamtliche Mitarbeiter durften deshalb privat gar nicht mehr nach Ungarn fahren und Reiseanträge von IM sollten nach nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten eingeschätzt und deren "Ehrlichkeit" durch Observations- und Abhörmaßnahmen überprüft werden.²⁶

Auf der SED-Bezirksparteiaktivtagung am 6. September zog Siegfried Lorenz ein Resümee der politischen Lage. Klassenkampfdenken bestimmte die Einschätzung. Der Satz: "Unsere Partei hat Vertrauen in die Politik der KP Chinas", eine Anspielung auf die blutige Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung auf dem "Platz des himmlischen Friedens", konnte nur als Drohung empfunden werden. Wie in den vergangenen 40 Jahren wurde die Hauptschuld dem

22 "Information über existierende politisch zu beachtende Zusammenschlüsse feindlich oppositioneller [...] Kräfte" vom 15.6.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 363, Bl. 80–140.

23 Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 2.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 429, Bl. 11.

24 Pläne, Absichten und Aktivitäten von feindlich-negativen und anderen oppositionellen Kräften im Bezirk Karl-Marx-Stadt, Parteiinformation 490/89, S. 1–11; BStU, ASt Chemnitz, AKG 386.

25 Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 2.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 429, Bl. 18.

26 Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 15.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 430, Bl. 21f.

politischen Gegner in der Bundesrepublik zugewiesen und eigenes Versagen kaum benannt. Alle Parteien dort würden in dem Ziel eines "Zurückrollens des Sozialismus" übereinstimmen. Der Grund für die Ausreisewelle sei, daß die Bundesrepublik an der Obhutspflicht für alle Deutschen festhalte. Ein geringer Trost war aus Sicht der Genossen, daß die innere Opposition noch immer schlecht organisiert war. Doch würden einflußreiche Kirchenkreise die entstehenden politischen Gruppierungen unterstützen. Es komme zu einer Vernetzung innerer und äußerer Einflüsse. Warnend wurde auf die Stärke der Opposition in anderen sozialistischen Staaten verwiesen. Die SED müsse sich klar darüber sein, was für sie auf dem Spiel steht. Aus diesem Grund müßten alle Mittel eingesetzt werden, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.²⁷

Die führende Rolle der Partei beim abgestimmten Vorgehen von Staatssicherheit, Volkspolizei und der Abteilung Innere Angelegenheiten beim Rat des Bezirkes, vor allem gegenüber den Ausreiseantragstellern, sollte durch eine Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung gewährleistet werden. Analoge Arbeitsgruppen existierten in allen Kreisen. Unter Vorsitz des Abteilungsleiters Staat und Recht gehörten ihr die Abteilungsleiter Sicherheit und Parteiorgane, der Bezirkschef der Volkspolizei, der Stellvertreter Inneres vom Rat des Bezirkes und der Bezirksverwaltungsleiter für Staatssicherheit an.²⁸ Das Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte war mit den 1. Sekretären der SED-Bezirks- bzw. -Kreisleitung abzustimmen, wurde auf der Dienstversammlung der Bezirksverwaltung am 22. September betont. Die Kreisdienststellenleiter hatten ihre Ansprechpartner in der SED so zu informieren, daß daraus Maßnahmen gegen die neuen Gruppierungen abgeleitet werden konnten. Es wurde jedoch ausdrücklich vermerkt, daß in politische Entscheidungen nicht eingegriffen werden sollte.²⁹ Gegen die Opposition wurde arbeitsteilig vorgegangen. Bei den Volkspolizei-Kreisämtern wurden Arbeitsstäbe gebildet, in denen das MfS mitwirkte. Ihre Aufgabe bestand darin, zu verhindern, daß Ausreisewillige oder die neu entstandenen Gruppierungen mit eigenen Forderungen an Veranstaltungen teilnehmen. Die Abteilung Inneres sollte die Zulassung des Neuen Forums verhindern und den Umgang mit den Ausreisewilligen koordinieren.³⁰ Die konspirativen Aufgaben hatte der Staatssicherheitsdienst zu lösen. Aus den mit geheimdienstlichen Mitteln zusammengetragenen Informationen waren ständig Lageeinschätzungen zu erarbeiten, die Handlungsgrundlage für die SED-Leitungen sein konnten. Über die Reaktion der Bevölkerung hatten die Kreisdienststellenleiter "politisch verantwortungsbewußt" ihre Kreissekretäre zu informieren.³¹ Das Bezirksparteiaktiv hatte schon am 6. September festgelegt, daß das MfS "Entscheidungsvorschläge zur personenkonkreten Arbeit mit den Initiatoren der Opposition" zu erarbeiten hatte, die von politischer Einflußnahme bis – im Einzelfall –

²⁷ Bezirksparteiaktivtagung am 6.9.1989 anläßlich der Eröffnung des Parteilehrjahres 1989/90; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/2/022.

²⁸ Vgl. Gehlert bei "Dienstbesprechung des Genossen Minister am 31. August 1989"; BStU, ZA, ZAIG 8679, Bl. 37.

²⁹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 3.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 432, Bl. 16.

³⁰ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 15.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 430, Bl. 21f.

³¹ Fernschreiben Nr. 1293 des BV-Leiters an die Leiter der Dienstseinheit (künftig: DE) vom 21.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-299, Bl. 205f.

strafprozessualen Sanktionen reichten. "Alle Erscheinungen sind unter Einsatz aller Mittel aufzuklären und die Täter zu personifizieren". In die sich bildenden Gruppierungen sollten inoffizielle Mitarbeiter eingeschleust werden, um den Geheimdienst in die Lage zu versetzen, Informationen an den Parteiapparat zu liefern. Ziel war es, die personell noch schwache Opposition durch Angriffe auf ihre Initiatoren zu zerschlagen.³²

Die Pläne der SED und des Staatssicherheitsdienstes sind gescheitert. Das MfS klärte zwar die neuen Gruppierungen auf, stellte fest, daß sie sich in ihren wesentlichen Zielen wie der Aufhebung der "führenden Rolle" der SED nicht unterschieden. Auch zu den Meinungsführern der Oppositionen lagen umfassende Angaben vor. Doch der Nutzeffekt war gering. So hatten zum Beispiel in Plauen 64 Ausreisewillige angekündigt, daß sie am 40. Jahrestag der DDR für die Forderung nach Freizügigkeit demonstrieren wollten.³³ Die federführend mit ihrer Bekämpfung betraute Abteilung XX mußte feststellen, daß sie dieses Vorhaben mit administrativen und strafrechtlichen Maßnahmen nicht mehr verhindern konnte.

Am 19. September beantragte der Mitbegründer des Neuen Forums, Dr. Martin Böttger aus Cainsdorf bei Zwickau, gemeinsam mit den beiden Zwickauern Roland Frenzel und Dirk Schöwe seine Zulassung beim Stellvertreter für Inneres des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt. Sie erhielten am 25. des Monats nach der vom Ministerium des Innern festgelegten einheitlichen Vorgehensweise einen abschlägigen Bescheid. Das MfS vermutete zu Recht, daß sich "diese Banditen" mit der Ablehnung nicht zufrieden geben würden. Das Vertrauen in die in 40 Jahren erprobten Mittel war schon erschüttert. Die Feststellung, "wenn sie in die Öffentlichkeit gehen, könnt ihr euch ausrechnen, was uns blüht", läßt das vermuten.³⁴ Der Staatssicherheitsdienst mußte erste Proteste wegen seines Umgangs mit den Bürgern registrieren. In der sich konstituierenden SDP wurden Forderungen nach einer gesellschaftlichen Kontrolle des Geheimdienstes laut.

Die Leitung der Bezirksverwaltung sprach sich für ein hartes, aber auf zentralen Entscheidungen beruhendes Vorgehen gegenüber der im Entstehen begriffenen politischen Opposition aus: "Sollte [...] in der Beratung beim Minister beschlossen werden und festgelegt, daß alle die, die Aktivitäten unternehmen, eingesperrt werden [...], dann werden wir handeln."³⁵ Immer wieder wurde beteuert, daß die Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes im Bezirk jede von ihrer Partei vorgegebene Entscheidung zum Erhalt der Macht durchsetzen würden. Diese Bekenntnisse liegen auf der über viele Jahre rigiden Linie der Bezirksverwaltung gegenüber

³² Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 22.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 431, Bl. 22f. und 27f.

³³ Information über die Androhung von öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen am 7.10.1989 durch Gruppen von Antragstellern auf ständige Ausreise der Stadt Plauen, Parteiinformation 500/89, Bl. 36–57; BStU, ASt Chemnitz, AKG 387.

³⁴ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 22.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 431, Bl. 28; Zulassung des Neuen Forums; STAC, Rat des Bezirkes, 121517.

³⁵ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 15.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 431, Bl. 16, 26 und 28.

Andersdenkenden, die dazu geführt hatte, daß ein Drittel der in der DDR in die ständige Überwachung einbezogenen Personen im Bezirk Karl-Marx-Stadt lebte.³⁶

3 Der Schock

"Seit Monatsbeginn bis einschließlich 7. Oktober 1989 ist im Bezirk Karl-Marx-Stadt in fast allen Kreisen eine stark zunehmende Tendenz von Erscheinungen offener Feindseligkeit, vor allem im Zusammenhang mit der oppositionellen Vereinigung 'Neues Forum', feststellbar. [...] Beachtenswert ist dabei die Zunahme von Gewaltandrohungen, die öffentliche Diskreditierung von Partei- und Staatsfunktionären sowie der Sicherheitsorgane in einer steigenden aggressiven Form", konstatierte die Staatssicherheit in einer Lageeinschätzung. Eine Kontrolle von 6.000 am 6. Oktober aufgegebenen Briefen hatte ergeben, daß sich 90 Prozent aller Schreiber zur politischen Lage äußerten. Unter 100 fand sich nur eine positive Meinung. "Es herrscht eine explosive Stimmung. Überall kocht und prodelt [sic!] es, warum ignoriert die Regierung die Bevölkerung der DDR?", "Das Gefühl, als unmündige Bürger behandelt zu werden, sei das niederdrückendste" oder "Viele haben Angst und sagen, am Wochenende (07.10.) kann es einen Aufstand mit Blut und ersten Toten geben – siehe China. Was mag in den Köpfen derer vorgehen, die für Ruhe und Ordnung sorgen sollen", wurde da zitiert.³⁷ Der Geheimdienst konnte nicht mehr leugnen, daß die Bevölkerung, und selbst der DDR wohlgesonnene Bürger – vermutlich waren damit auch eigene Mitarbeiter gemeint – daran zweifelten, daß die Parteiführung noch in der Lage wäre, Lösungen für die vorhandenen Schwierigkeiten zu finden.³⁸ Erich Honeckers Forderung an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, daß der Einfluß der Opposition "im Keime erstickt werden muß" und deren Organisatoren isoliert werden sollten, konnte offensichtlich nicht mehr in die Tat umgesetzt werden.³⁹

In der Nacht vom 4. zum 5. Oktober 1989 beförderten acht Züge 6.242 DDR-Bürger, darunter 848 aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt, von Prag über das Territorium der DDR nach Hof.⁴⁰ Die meist jungen Menschen hatten sich, um ihre Ausreise zu erzwingen, in die bundesdeutsche Botschaft in der tschechoslowakischen Hauptstadt geflüchtet. Internationales Aufsehen war die Folge. Die DDR-Führung, um einen störungsfreien Ablauf der Feiern zum 40. Jahrestag des Bestehens ihres Staates besorgt, gab nach und ließ sie in den Westen ausreisen – um die Form zu wahren, allerdings nur über ihr Staatsgebiet. Deshalb mußten die Züge auch durch den

³⁶ Vgl. Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, BStU, Berlin 1995, S. 26.

³⁷ Information der Abteilung M über die Lage unter der Arbeiterklasse und die Stimmung der Bevölkerung zu aktuell-politischen und Versorgungsfragen; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989.

³⁸ Lageeinschätzung über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt am 7.10.1989, Parteiinformation 557h/89, S. 4; BStU, ASt Chemnitz, AKG 398.

³⁹ Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen vom 22.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989.

⁴⁰ Statistische Aufbereitung der Aktion "Schiene" – 4./5.10.89 – Belegung der Züge; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 130 und 132.

Bezirk Karl-Marx-Stadt fahren. Die MfS-Bezirksverwaltung hatte dabei zusammen mit der Volkspolizei die Aufgabe, die Züge gegenüber der Bevölkerung abzuschirmen. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung hatte darüber hinaus entschieden, daß im Stadtgebiet von Karl-Marx-Stadt zusätzlich drei Hundertschaften der Kampfgruppen eingesetzt werden sollten.⁴¹

Auf der Dienstversammlung am Tag nach der Durchfahrt zeigten sich Leitung und Mitarbeiter noch immer schockiert darüber, auf welchen Widerstand sie gestoßen waren. Eintausend Menschen hatten sich auf dem Hauptbahnhof von Karl-Marx-Stadt eingefunden, je 500 in Reichenbach und Plauen, 400 in Freiberg und Hunderte warteten an Streckenabschnitten, auf denen die Züge langsam fahren mußten. Sie waren von den Bahnanlagen nur mit körperlicher Gewalt, Schlagstöcken und schwerer Technik von MfS, Kampfgruppen, Bereitschafts- und Transportpolizei abzudrängen. Mütter mit Kleinkindern hätten sich unter Mißachtung des hohen Risikos auf die Gleise gelegt und die Strecke blockiert. Sie hätte regelrecht "freigekämpft" werden müssen. Von den anderen Reisenden auf den Bahnhöfen hätte sich keiner bereitgefunden, MfS und Polizei zu unterstützen. Der Staatssicherheit schwante noch Schlimmeres: "Wer das erlebt hat, der kann sich erstmal vorstellen, was losgeht, wenn diese feindlich-negativen Kräfte in einer solchen Überzahl sind, daß sie kaum noch zu bremsen sind ..."⁴²

Sorgen bereiteten auch die "Kampfgruppen der Arbeiterklasse". Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 waren sie in Betrieben und Verwaltungen als eine Art Bürgerkriegsarmee gebildet worden, um in ähnlichen Situationen die Macht der SED sichern zu helfen. Viele Jahre hatte es für die Kampfgruppen keine ernsthaften Einsätze gegeben. Nun sollten sie neben Sonderaktionen wie der Sicherung der Zugdurchfahrten vor allem den Schutz der SED-Kreisleitungen und der Bezirkseinsatzleitung übernehmen. Bei dem geschilderten Einsatz lehnten es 34 Mitglieder ab, mit Gewalt gegen die Demonstranten vorzugehen. Nach dem 7. Oktober nahm die Anzahl der Verweigerer noch erheblich zu. Die Kampfgruppen entwickelten sich zu einem Unsicherheitsfaktor.

Die Schilderung der Staatssicherheit gipfelte in der Feststellung, daß die Situation bei den Zugdurchfahrten so kompliziert gewesen sei, wie seit den Tagen im Juni 1953 nicht mehr.⁴³ Diese Lageeinschätzung wurde vom Leiter der Bezirksverwaltung auf der Beratung der Bezirkseinsatzleitung vorgetragen und vom 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Siegfried Lorenz, bestätigt.⁴⁴ Er wies als Konsequenz daraus an, daß alle 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen vor Ort zu bleiben hatten und nicht an der bezirklichen Auszeichnungsveranstaltung zum 40. Jahrestag teilnehmen durften. Sie sollten ihre Genossen, aber auch die Blockparteien und

⁴¹ Information derAKG über den Einsatz der Kampfgruppen in der Stadt Karl-Marx-Stadt in der Nacht vom 4. zum 5.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mapped Herbst 1989, S. 1f.

⁴² Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters vom 5.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 433, Bl. 8–10 und 15.

⁴³ Ebenda, Bl. 10.

⁴⁴ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters vom 5.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 433, Bl. 7.

Massenorganisationen auf die Parteilinie ein schwören und verhindern, daß die Opposition weiter an Boden gewinnt.⁴⁵

Zwei Tage später, am 7. Oktober, mußte die Staatssicherheit feststellen, daß die Situation mit ihren traditionellen Mitteln nicht mehr zu beherrschen war. Karl-Marx-Städter Künstler hatten aus Solidarität mit dem Neuen Forum eine Veranstaltung im Luxor-Palast organisiert. Die dort eingeschleusten 150 "gesellschaftlichen Kräfte" konnten nicht verhindern, daß sich im Anschluß spontan ein Schweigemarsch mit 1.500 Teilnehmern formierte. Nun setzte die Staatsmacht auf blanke Gewalt. Massiver Schlagstockeinsatz, Wasserwerfer sowie ein bedrohlich tieffliegender Hubschrauber waren die Mittel von Polizei, MfS und Kampfgruppen, um die friedlich Demonstrierenden auseinanderzujagen. Das gelang, doch erstmals mußte der Ruf "Stasi raus" auch in Karl-Marx-Stadt registriert werden. Nicht gelungen war der Versuch, einen Fotografen habhaft zu werden, der den Gewalteinsatz dokumentierte. Die Demonstranten schirmten ihn gegenüber den Sicherheitskräften ab.⁴⁶

Die von 64 Ausreisewilligen schon im September in der Stadt Plauen angemeldete Demonstration zum 40. Jahrestag der DDR bildete den Auftakt zu wöchentlichen Willensbekundungen der Bürger aus dem gesamten Vogtland, die keinen Vergleich mit der "Heldenstadt" Leipzig zu scheuen brauchen. 3.000 Bürger gingen an diesem Tag auf die Straßen. Mit selbstgefertigten Transparenten und Aufschriften wie "Freiheit", "Freie Wahlen" und "Reisefreiheit" verkündeten sie offen ihre Forderungen an die weitere Entwicklung der DDR. Auch Rufe nach dem damaligen Hoffnungsträger für die Opposition, dem KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow, waren zu hören. Bei dem Versuch, gegen die Demonstranten vorzugehen, setzte sich ein Teil zur Wehr. Es wurden drei Polizisten verletzt und zwei als Wasserwerfer verwendete Tankfahrzeuge beschädigt. Den eingesetzten Sicherheitskräften – insgesamt 755 Mann – gelang es trotzdem nicht, die Demonstration aufzulösen.⁴⁷ Immer wieder leitete die Staatssicherheit aus diesem Ereignis die These von der Gewalttätigkeit und Gewaltbereitschaft der Opposition ab, um so eigene Übergriffe zu rechtfertigen und sich für künftiges hartes Vorgehen Gründe zu schaffen. Als ein Beispiel von Zivilcourage soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Freiwilligen Feuerwehren von Plauen und Neundorf am nächsten Tag in Schreiben an die Volkspolizei "das zweckentfremdete Einsetzen von

⁴⁵ Fernschreiben des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung an die 1. Sekretäre der Stadt- und Kreisleitungen vom 5.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-299, Bl. 3–7.

⁴⁶ Information über eine am 7.10.1989 in Karl-Marx-Stadt durch feindlich-negative Kräfte inszenierte Provokation, Parteinformation 549/89; BStU, ASt Chemnitz, AKG 397, Bl. 5, 8; Auferstanden aus Ruinen ... und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90, Chemnitz 1991, S. 33–47; Protokoll 38/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 8.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/091. – In den Berichten der SED-Bezirksleitung werden nur 600 Teilnehmer angegeben. Es scheint so, als wenn die Partei die Zahl bewußt niedriger gehalten hat, um nur eine geringe Gegnerschaft auszuweisen. Darauf deutet auch die ausdrückliche Bemerkung hin, daß der 40. Jahrestag der DDR außer in Karl-Marx-Stadt und Plauen einen normalen Verlauf genommen hätte. Das MfS hat, um die Gefahr zu verdeutlichen, nach Augenschein überzogene Angaben verwendet.

⁴⁷ Lageeinschätzung über die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt; BStU, ASt Chemnitz, AKG 444, Bl. 310f.

Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen fast ausschließlich friedliche, unbewaffnete Bürger und Kinder" entschieden verurteilten.⁴⁸

In Karl-Marx-Stadt waren durch Polizei und Staatssicherheit 48⁴⁹ und in Plauen 61 Personen⁵⁰ zugeführt worden. Trotz Video- und Tonaufzeichnungen, die der Identifizierung der Teilnehmer dienten, wußten die MfS-Mitarbeiter, daß die Auseinandersetzungen weitergehen würden. Der Termin für die nächste Zusammenkunft der Anhänger des Neuen Forums am 13. Oktober in Karl-Marx-Stadt war öffentlich bekanntgegeben worden und nach der Stimmungslage zu urteilen, würde sich der Zulauf noch verstärken.⁵¹

Die Bezirkseinsatzleitung hatte die Ereignisse vom 7. Oktober noch am selben Abend ausgewertet und das Vorgehen für die nächsten Tage festgelegt.⁵² Um den Umgang mit den Verhafteten zu präjudizieren, waren Gerichte und Staatsanwaltschaften erste Adressaten für diese Information. Das Sekretariat der SED-Bezirksleitung beschloß am folgenden Tag, eine Einschätzung der Ereignisse an alle Parteifunktionäre, die Blockparteien und den Rat des Bezirkes zu übergeben. Sechs Kampfgruppenhundredschaften hatten sich ab sofort einsatzbereit zu halten und dazu noch je eine Hundredschaft in jedem Kreis.⁵³

Der Minister für Staatssicherheit gab am 8. Oktober die Weisung, "volle Dienstbereitschaft" zu sichern. Ständige Waffenträger hatten die Dienstwaffe bei sich zu tragen. "Alle geeigneten IM/GMS sind unverzüglich lagebezogen zum Einsatz zu bringen." Die festgelegten Maßnahmen sollten zur Beruhigung und Stabilisierung der Lage beitragen. Aber es sollten auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, erforderlichenfalls kurzfristig zur DDR kritisch eingestellte Bürger zuzuführen bzw. festnehmen zu können.⁵⁴

In der SED-Bezirkszeitung "Freie Presse" erschien am 9. Oktober eine Darstellung der Ereignisse in Karl-Marx-Stadt und Plauen und der Polizeieinsätze am 40. Jahrestag unter der Überschrift "Gewissenlose Provokation". Darin wurde die Schuld an den Auseinandersetzungen in scharfmacherischer Form den Demonstranten zugeschrieben.⁵⁵ Heftige Proteste aus der Bevölkerung waren die Folge. Das hatte es bisher noch nicht gegeben. Die Leserbriefschreiber forderten eine Richtigstellung der Meldung und die Freilassung der als "Rädelsführer" bezeichneten Verhafteten. Die SED-Bezirksleitung mußte erstmals so deutlich zur Kenntnis

⁴⁸ Erklärungen der Freiwilligen Feuerwehren von Plauen und Neundorf vom 8.10.1989, Parteiinformation 557 p/89; BStU, ASt Chemnitz, AKG 398, Bl. 21–25.

⁴⁹ Information über eingeleitete strafprozessuale Maßnahmen [...] am 7.10.1989 in Karl-Marx-Stadt, Parteiinformation 550/89; BStU, ASt Chemnitz, AKG 396, Bl. 108.

⁵⁰ Information über die Zusammenrottung feindlich-negativer Kräfte am 7.10.1989 in Plauen, Parteiinformation 554/89; BStU, ASt Chemnitz, AKG 396, Bl. 32.

⁵¹ Rapporte zu den Aktivitäten des Neuen Forums; BStU, ASt Chemnitz, XX-1383, unpag.

⁵² Informationen zu besonderen Vorkommnissen; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, 14867.

⁵³ Protokoll 38/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 8.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/091.

⁵⁴ Fernschreiben des Ministers an die Leiter der Dienstseinheiten vom 8.10.1989; BStU, ZA, DSt 103625.

⁵⁵ "Freie Presse" vom 9.10.1989, S. 8.

nehmen, daß "ein nicht geringer Teil der Bevölkerung" das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte ablehnte.⁵⁶

Die Einschätzung der Ereignisse vom 7. Oktober durch den Parteisekretär der MfS-Bezirksverwaltung folgte der in der "Freien Presse" vorgegebenen Linie. Er gewann den Ereignissen fast positive Züge ab: Man habe dem Feind gegenübergestanden, was der Herausbildung des Feindbildes unter den Genossen nur förderlich sein könne. In Plauen habe man die Feinde gefilmt, so daß sie nun aufgeklärt werden könnten.⁵⁷ Einige leitende MfS-Mitarbeiter scheinen eine gewaltorientierte Lösung für einen gangbaren Weg gehalten zu haben. Diese Auffassung setzte sich aber offensichtlich nicht mehr durch. Nach dem 7. Oktober gab es im Herbst 1989 bei Demonstrationen im Bezirk Karl-Marx-Stadt kein gewaltsames Vorgehen mehr. Die SED-Bezirksleitung registrierte ein Aufatmen in der Bevölkerung, weil es bei der Demonstration am 9. Oktober in Leipzig nicht zu dem befürchteten harten Vorgehen der Staatsmacht gekommen war.⁵⁸ Sie gab nach und bis zum 12. Oktober befanden sich fast alle am DDR-Jahrestag Verhafteten wieder auf freiem Fuß. Ein Untersuchungsausschuß, der die Ereignisse in Karl-Marx-Stadt und Plauen prüfen sollte, mußte akzeptiert werden. An seiner Spitze stand allerdings der Abteilungsleiter Staat und Recht der SED-Bezirksleitung Klaus Bartl, der in dieser Funktion die Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der Partei geleitet und das Vorgehen gegen Ausreisewillige und Opposition im Bezirk wesentlich mitbestimmt hatte. Er war damit einer der Verantwortlichen für die Ereignisse, die untersucht werden sollten.⁵⁹

In Ausführungen des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung, Siegfried Lorenz, vor den Kreissekretären seiner Partei am 13. Oktober wie auch in einer internen Einschätzung der Abteilung Sicherheitsfragen wurde zwar eine "Entkrampfung der komplizierten Situation" nach der Politbüroerklärung vom 11. Oktober festgestellt. Doch die Stimmung innerhalb der Bevölkerung bis in die "Parteikollektive" hinein hatte sich rapide verschlechtert. Er schätzte ein, daß die Parteiführung "von der Schärfe wie auch von der Dauer" der Auseinandersetzung mit der Opposition überrascht worden sei. "Im Politbüro herrscht Klarheit darüber, wir hätten rechtzeitig zurückschlagen müssen." Die SED-Führung konnte nach dem 7. Oktober die entstandene Lage nicht mehr beschönigen. Lorenz gab die neue Linie bekannt: "Dazu müssen wir auch die kritischen Geister und all jene, die nicht an Gewalt interessiert sind, einbeziehen. Das schließt ein, [...] den Dialog zur Herbeiführung politischer Lösungen zu führen." Einige Sätze später kam das Eingeständnis: "Wir sind uns im klaren darüber, daß wir zur Zeit noch keine Rezepte haben, wie wir jetzt und sofort die Probleme, die selbst im Bezirk unterschiedlichster Art sind, sofort spürbar lösen können." Erstmals war davon die Rede, daß sich der Dialog mit Andersdenkenden im Interesse des Machterhalts nicht umgehen ließ, und man hoffte,

⁵⁶ Protokoll 41/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 19.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/092.

⁵⁷ Bericht über die erweiterte Beratung der zentralen Parteileitung in der Dienstversammlung des Leiters der AKG/Kontrollgruppe vom 10.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 758, Bl. 14.

⁵⁸ Lageeinschätzung am 11.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, 14867.

⁵⁹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 12.

dabei wieder in die politische Offensive zu kommen.⁶⁰ Die SED-Führung im Bezirk konnte nicht mehr ignorieren, daß die vom Neuen Forum angestrebte Erneuerung der Gesellschaft in der Bevölkerung auf eine breite Resonanz stieß und sich selbst viele Parteimitglieder davon angesprochen fühlten.⁶¹ Diese Haltung wäre noch am 5. Oktober undenkbar gewesen. Der Zerfall der Macht wird am Wandel der Lageeinschätzungen sichtbar. Aber die Hoffnung auf "zukünftiges, außerordentlich einsatzbereites Wirken der Schutz- und Sicherheitsorgane" klingt im Dank für ihren Einsatz in den vergangenen Tagen immer noch an.⁶²

Wie stellte sich die Situation für die Leitung der MfS-Bezirksverwaltung nach dem 7. Oktober dar, und welche Schlüsse wurden daraus gezogen? Eine Antwort gab der stellvertretende Leiter der BVfS, Oberst Schaufuß, auf der Dienstversammlung am 17. Oktober. Zum einen wurden den anwesenden Leitern der Diensteinheiten die Videoaufzeichnungen der Demonstrationen in Karl-Marx-Stadt und Plauen mit der Aufforderung vorgeführt, sie sich öfter zu Studienzwecken anzusehen. Zum anderen lautete die Quintessenz: "Der Sozialismus ist auf's Größte gefährdet". "Die oppositionellen Kräfte sind zum geordneten Angriff übergegangen und dabei aus den Kirchenräumen herausgetreten", gab der Parteisekretär eine Äußerung des SED-Bezirkschefs Lorenz wieder. Sie greifen Probleme auf, um die sich eigentlich die SED hätte kümmern müssen. Der Parteisekretär gab damit indirekt zu, daß seine Partei ihren Führungsanspruch nicht mehr wahrnahm. Schaufuß schätzte ein, daß das Neue Forum von der Bevölkerung als eine Alternative zur SED gesehen würde. Die starre Parteiführung sollte unter Druck gesetzt werden und sich dadurch für Reformen öffnen.⁶³ Beklagt wurde, daß die SED-Führung nicht mehr in der Lage war, Entscheidungen zu fällen. Die Stellungnahmen der Kirche seien klarer formuliert als die des SED-Politbüros. Einerseits schrieb das Zentralorgan der Partei, das "Neue Deutschland", daß das Neue Forum nicht zugelassen würde, andererseits würde aber nichts gegen dessen Wirken unternommen. Generalleutnant Gehlert drückte seine Erwartungen in militärisch knapper Form aus: "Die Antwort kann nur lauten, entweder das Neue Forum wird Bestandteil der Nationalen Front oder es wird verboten." Er erläuterte seine Haltung mit den Worten: "Ich gehöre nicht zu den Lamentierern, aber solange man eine Bohley in Berlin gewähren läßt und einen Eppelmann, kann ich in Karl-Marx-Stadt den Böttger nicht zum Staatsanwalt holen und ihn wissen lassen, daß die Sache verboten ist."⁶⁴ Das in vierzig Jahren an politische Führung durch die SED gewöhnte MfS wartete auf das entscheidende ZK-Plenum, das die Richtung für künftiges Handeln vorgeben würde.

⁶⁰ Einschätzung der Situation nach den Ereignissen des 7.10.1989 durch die Abteilung Sicherheitsfragen bei der SED-Bezirksleitung; BStU, ASt Chemnitz, L 295, S. 1–10; Bericht des Parteisekretärs Peter Bombik über eine Beratung von Siegfried Lorenz mit SED-Kreissekretären am 13.10.1989, in: Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 28–36.

⁶¹ Protokoll 41/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 19.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/092.

⁶² Bericht des Parteisekretärs Peter Bombik über eine Beratung von Siegfried Lorenz mit SED-Kreissekretären am 13.10.1989, in: Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 53.

⁶³ Aus einem dort verlesenen Fernschreiben des BV-Leiters an den Minister; ebenda, Bl. 16.

⁶⁴ Ebenda, Bl. 51.

4 MfS und SED

Natürlich legten die Genossen der Staatssicherheit die Hände nicht in den Schoß, auch wenn ihre Fähigkeit, die Entwicklung zu beeinflussen, merklich geringer geworden war. Man wußte, gegen 20.000 Demonstranten in Plauen vorzugehen, war im Moment nicht möglich.⁶⁵ Aber jede Ankündigung einer Demonstration ebenso wie ihr Verlauf wurden penibel registriert. Künftige Handlungsoptionen waren vorbereitet, wenn die Verantwortlichen für diese Veranstaltungen identifiziert und registriert wurden, damit sie nach einer Entscheidung, härter vorzugehen, zugeführt und festgenommen werden könnten. Das MfS erfaßte 5.600 Mitglieder und Sympathisanten des Neuen Forums in einer eigens für sie angelegten Kartei. Die umfangreichen Ermittlungen zu seinen Initiatoren und die Anweisung, diese Personen bei der Arbeitsgruppe des Leiters nach der Direktive 1/67 zu registrieren, beweisen den aktiven Einsatz des Geheimdienstes.⁶⁶ Nach den gültigen Festlegungen wären sie in Sondervorgängen erfaßt und alle Vorbereitungen getroffen worden, um sie in Spannungsperioden verhaften und in Lagern isolieren zu können. Das MfS hatte sich noch nicht aufgegeben.

Ihre Hauptaufgabe sah die Leitung der Staatssicherheit weiterhin darin, die SED-Führung im Bezirk ständig über die aktuelle Situation zu informieren, um Entscheidungen vorbereiten zu helfen. Dabei wurde strikt darauf geachtet, keinen direkten Einfluß auszuüben. Bemerkenswert erscheinen allerdings mehrfache Hinweise an die Kreisdienststellenleiter des MfS, ihre Erkenntnisse den Parteifunktionären "höflich", "nicht belehrend" oder gar – wie Gehlert es ausdrückte – "großkotzig" zu übermitteln, ein Zeichen dafür, daß in der Vergangenheit nicht von allen die Rollenverteilung zwischen Auftraggeber SED und Auftragnehmer MfS eingehalten worden war.⁶⁷ Anderen Äußerungen kann man entnehmen, daß langjährigen MfS-Angehörigen wie Generalleutnant Gehlert die Gespräche zwischen Bürgermeister und Abordnungen der Bürgerbewegung wie eine Kapitulation vorkamen. Über den damaligen Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Dr. Langer, sagte Gehlert: "Höre auf mit deinem OB, den habe ich am Telefon erlebt, da brauchte ich gar keinen Riecher zu haben, da habe ich schon am Telefon gerochen, daß der in die Hosen geschissen hatte." Und an anderer Stelle: "Da können wir doch gleich die Waffen bei Dr. Langer abgeben."⁶⁸ Ein entschiedeneres Vorgehen, das auch den Einsatz von militärischen Mitteln nicht ausschloß, wäre ihm anscheinend lieber gewesen, aber die Parteidisziplin forderte, daß der Primat der Politik gewahrt blieb.

Welche Ereignisse gemeldet werden mußten, war in detaillierten Arbeitsanweisungen festgelegt. Im Oktober war an einem Tag so viel zu berichten wie früher in einem Quartal.⁶⁹ Das zeigt die

⁶⁵ Den Einsatz polizeilicher Mittel und Kräfte hatte Mielke in seiner Weisung vom 16.10.1989 nur noch bei gewaltsamen Angriffen von Demonstranten erlaubt; BStU, ASt Chemnitz, AKG 1233, unpag.

⁶⁶ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 23.10.1989 zur Auswertung der Dienstversammlung des Ministers vom 21.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 434, Bl. 7.

⁶⁷ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 39f.

⁶⁸ Ebenda, Bl. 51 und 58.

⁶⁹ Ebenda, Bl. 23.

Kalamität, in der sich das MfS befand: Die Fülle sich überstürzender Ereignisse konnte von der Staatssicherheit kaum mehr erfaßt werden. Die Verärgerung darüber und die nach Gehlerts Meinung unzureichende Reaktion des 1. Sekretärs der SED in Karl-Marx-Stadt brach sich Bahn: "Da muß er sie formieren, die 47.000 [Genossen in der Stadt] und 47.000, wenn jeder eine Information bringt, das sind 47.000 Informationen, da kennt ihr die Lage."⁷⁰ 1989 wurden vom MfS 2.044 Berichte an die SED-Bezirksleitung gegeben, soviel wie nie zuvor, davon allein von Oktober bis zum 6. Dezember 687, aber schon diese Informationen führten nicht zu Leitungsentscheidungen.⁷¹

Nach der großen Demonstration am 9. Oktober in Leipzig wußten auch die Genossen der Staatssicherheit in Karl-Marx-Stadt und vor allem ihre Führung, daß ein Schußwaffengebrauch nicht mehr in Frage kam. Die Entscheidung darüber oblag dem Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung, blieb damit eine Entscheidung der politischen Führung. Wie bei einer direkten Konfrontation reagiert worden wäre, brauchte zum Glück nicht erprobt zu werden. Das Problem beschäftigte bis zu seiner Lösung am 4. Dezember gleichermaßen MfS-Angehörige und die Menschen auf der Straße.

Der stellvertretende Bezirksverwaltungsleiter Schaufuß stellte am 17. Oktober fest: "Genossen, durch das Vorgehen der Sicherheits- und Schutzorgane zu den Demonstrationen in Karl-Marx-Stadt und auch Plauen richtet sich der ganze Haß, die ganze Wut dieser Leute und überhaupt dieser ganzen Banditen, negativ-feindlichen Personen, besonders gegen uns." Angriffe von Demonstranten auf die Kreisdienststellen in Zwickau, Plauen und Klingenthal wurden nicht mehr ausgeschlossen.⁷² Der Brisanz einer solchen Situation war man sich am 17. Oktober auch auf einer Beratung der SED-Bezirksleitung bewußt und bewies zugleich genauere Kenntnis der Arbeit des MfS. Gehlert berichtete später, dort sei die Auffassung vertreten worden: "Ein Schuß kann die DDR aus den Angeln heben, aber die Kartei einer Kreisdienststelle der Staatssicherheit kann auf alle Fälle die DDR mehr und schneller aus den Angeln heben."⁷³ Die Partei befand sich in einer tiefen Krise, die offensives Gegensteuern nicht mehr erlaubte. Die Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung setzte daher auf eine mit MfS und Polizei abgestimmte differenzierende Arbeit mit der Opposition. Täglich fanden dazu Absprachen statt.⁷⁴

Aus Furcht vor einer Eskalation wurde der Verhaltenskodex bei Demonstrationen, die an MfS-Dienststellen vorbeiführten, immer genauer festgeschrieben. Falls aufgebrauchte Menschen eindringen sollten, wären die Gebäude nicht mehr, wie vorgesehen, mit körperlicher Gewalt zu verteidigen gewesen.⁷⁵ Eine Handlungsvariante vom 27. Oktober trägt eindeutig defensiven

⁷⁰ Ebenda, Bl. 49f.

⁷¹ Nachweise Parteiinformationen 1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 18, Bl. 2–278.

⁷² Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 19.

⁷³ Ebenda, Bl. 45.

⁷⁴ Handlungsorientierungen für das vorbeugende Wirken zur Verhinderung demonstrativer Handlungen, in: Protokoll 43/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 26.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/092.

⁷⁵ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 19f.

Charakter, läßt schon fast Festungsmentalität erkennen: Bei Einbruch der Dunkelheit waren die Fenster zu verdunkeln, die Sicherungskräfte hatten sich in die festen Wachgebäude zurückzuziehen, die Mitarbeiter durften hinter den Gardinen nicht mehr sichtbar sein⁷⁶ – die Staatssicherheit auf Tauchstation. Sogar die Kanzelabkündigung des sächsischen evangelischen Landesbischofs Hempel, ein Aufruf zur Gewaltlosigkeit, wurde mit in die Verteidigung einbezogen. Wenn es sich gar nicht umgehen ließ, wollte das MfS Dialogbereitschaft signalisieren und eine Abordnung der Demonstranten empfangen.⁷⁷

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Kreisdienststellenleiter ausdrücklich davor gewarnt wurden, die Kampfgruppen in die Verteidigung von MfS-Liegenschaften einzubeziehen. Es wurde befürchtet, daß ein Teil ihrer Mitglieder bei Demonstrationen zur Bürgerbewegung überlaufen würde. Einige Angehörige dieser paramilitärischen Verbände waren bereits als Demonstrationsteilnehmer ermittelt worden – deshalb die wiederholten Aufrufe, die "Abwehrarbeit in den Kampfgruppen zu verstärken". "Das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, [...] daß ein Kämpfer mit in der [SED-]Kreisleitung oder auch unserer Dienststelle [ist], der genauso denkt, wie die, die draußen angreifen und sich dann mit ihnen natürlich verbünden wird", warnte der stellvertretende Bezirkschef Schaufuß.⁷⁸

Obwohl die Polizei sich beim Einsatz gegen die Demonstranten am 7. Oktober mindestens ebenso stark wie die Staatssicherheit engagiert hatte, traute man ihr insgesamt gesehen nicht.⁷⁹ Sie war schon seit eh und je überproportional mit inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt, aber es gab immer wieder Hinweise, ihre Überwachung nicht zu vernachlässigen. Die stalinistische Denkweise, überall Feinde zu sehen, blieb im MfS bis zu seiner Auflösung erhalten.

Als Hauptgegner der SED und damit der Staatssicherheit wurde nicht mehr, wie über viele Jahre hinweg, die Kirche, sondern wurden die neuentstandenen Bürgerbewegungen angesehen. Am bedeutendsten war zweifellos das Neue Forum, das Mitte Oktober im Bezirk auf über 1.000 Mitglieder angewachsen war. Bei den 35 öffentlich bekanntgegebenen Kontaktadressen schrieben sich immer mehr Interessenten ein.⁸⁰ Anfang November waren es schon über 2.000. Ende des Monats hatte der Geheimdienst 5.600 Mitglieder und Sympathisanten namentlich erfaßt. Für den Umgang mit den Anhängern des Neuen Forums wurde festgelegt, daß deren Namen an die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen zu übergeben waren. Über das weitere Vorgehen sollte auf politischer Ebene entschieden werden. Die Kreisdienststellen wurden angewiesen, auf die Frage, was mit diesen Leuten geschehen solle, den Vorschlag zu unterbreiten, im Moment nichts zu unternehmen.⁸¹

⁷⁶ Anlage zum Fernschreiben des Leiters der BV an die Leiter der Dienstseinheiten Nr. 2786 vom 27.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989, S. 1–4.

⁷⁷ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 44.

⁷⁸ Ebenda, Bl. 42.

⁷⁹ Ebenda, Bl. 53.

⁸⁰ Ebenda, Bl. 25.

⁸¹ Ebenda, Bl. 48.

Eine sozialdemokratische Partei war als SDP wiedererstanden. "Sozialdemokratismus" aber galt innerhalb der SED als eines der schlimmsten Vergehen. Mielke bezog dazu auf der Dienstversammlung am 21. Oktober eindeutig Stellung: "Lieber als Kommunist sterben, als als Sozialdemokrat leben". Gehlert zitierte bei der Auswertung der Rede ausdrücklich diese Formulierung.⁸² Linke Bewegungen wie die Anhänger der "Böhlener Plattform" sorgten zusätzlich für Unruhe unter den Genossen der Staatssicherheit.⁸³ Die Blockparteien, mit der SED bisher in der Nationalen Front vereint und bis zum Sommer 1989 jeden politischen Schwenk nachvollziehend, begannen sich langsam von der führenden Partei abzusetzen, bedurften also ebenfalls verstärkter Aufmerksamkeit. Dabei sollten CDU, LDPD, NDPD und DBD anders als die oppositionellen Gruppen erhalten bleiben, aber weiterhin als Anhängsel der staatstragenden SED nur Teile der Bevölkerung in das System einbinden.⁸⁴ Am 23. Oktober gelang es noch einmal, die Blockparteien auf eine gemeinsame Linie einzuschwören: "Wir erklären, daß der Sozialismus in der DDR und die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht zur Disposition steht."⁸⁵ Am 17. November verließen sie den "Demokratischen Block" im Bezirk Karl-Marx-Stadt.⁸⁶

Vor allem von Plauen ausgehend, wo seit dem 21. Oktober an Sonnabenden regelmäßig 25.000 bis 30.000 Menschen an Demonstrationen teilnahmen, protestierten auch in anderen Orten immer mehr Bürger gegen die Zustände in der DDR und die dafür Verantwortlichen. In der Bezirksstadt steigerte sich die Anzahl der Demonstrationsteilnehmer von 3.000 am 20. Oktober, über 6.000 am 27. auf 25.000 am 30. Oktober und auf fast 100.000 am 6. November. Dieser Montag bildete den Höhepunkt der Protestbewegung im Bezirk: In 14 Städten versammelten sich Menschen auf den Straßen, um ihren Willen zur Veränderung der Verhältnisse kundzutun. In kleinen Städten des Vogtlandes war mehr als ein Drittel der Einwohner beteiligt, so in Oelsnitz mit 6.500, in Auerbach mit 5.000, in Schöneck und Treuen mit je 2.500 Teilnehmern.⁸⁷ Nur einmal versuchte die SED gegenzusteuern. In Zwickau organisierte am 25. Oktober die Nationale Front zugleich mit dem Neuen Forum eine Kundgebung und wollte sie im Sinne der Partei beeinflussen. Nach tumultartigen Szenen während der Reden demonstrierten 3.000 Menschen für die Ziele der Bürgerbewegung.⁸⁸

Entscheidende Waffe im Kampf gegen die Opposition sollten die Agenturen der Staatssicherheit, die inoffiziellen Mitarbeiter, bleiben. Schaufuß umriß ihre Aufgaben:

"Die Arbeit mit IM, IMS, Kontaktpersonen und Guten Menschen, ohne jeglichen Formalismus, ist das A und O der gegenwärtigen politisch-operativen Aufgaben, die für alle Dienstseinheiten anste-

⁸² Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 23.10.1989 zur Auswertung der Dienstversammlung des Ministers vom 21.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 434, Bl. 2.

⁸³ Informationen zu linken Initiativen; BStU, ASt Chemnitz, XX-1355, unpag.

⁸⁴ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 41.

⁸⁵ Blockparteien; STAC, Rat des Bezirkes, 128654.

⁸⁶ Informationen zu besonderen Vorkommissen; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, 14867.

⁸⁷ Informationen über bedeutsame Ereignisse Oktober-Dezember 1989; BStU, ASt Chemnitz, L-296, unpag.

⁸⁸ Protokoll 43/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 26.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/092.

hen. [...] Es geht vordergründig darum, mit Hilfe unserer tschekistischen Mittel und Methoden den Differenzierungsprozeß durchzusetzen und zu wissen 'Wer ist wer?', wer sind die Organisatoren des 'Neuen Forums'."

Das Wirken der IM sollte optimiert werden. In Thesen zu ihrem Einsatz wird die Abteilung XX, die bisher schon für "Andersdenkende" zuständig war, als federführend für den Einsatz der IM in den Bürgerbewegungen und den Blockparteien benannt.⁸⁹ Diese Planung ist teilweise noch in die Tat umgesetzt worden. In der konspirativen Arbeit sollte die Qualität stärker betont werden. Die vorhandenen 11.986 inoffiziellen Mitarbeiter, darunter 3.857, die ihre Wohnung für konspirative Treffs zur Verfügung stellten, reichten nach Meinung der leitenden Genossen aus, um die Aufgaben des MfS wahrzunehmen. Im Herbst 1989 fühlte sich die Staatssicherheit allerdings von einigen ihrer IM verraten, denn bis zum 11. Oktober hatten sich 39 über Ungarn oder mit den Botschaftsbesetzern in die Bundesrepublik abgesetzt und 30 einen Ausreiseantrag gestellt. Dazu kamen noch 104 ehemalige inoffizielle Mitarbeiter, die ebenfalls über Ungarn oder legal mit Ausreiseantrag die DDR verlassen hatten. Mit ihnen war auch Wissen über das MfS zum "Klassenfeind" gelangt, und das schmerzte besonders.⁹⁰ Aus diesem Grund sollte erneut und noch intensiver ihre "Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit" mit tschekistischen Mitteln überprüft werden. Mit exakten Analysen und darauf aufbauenden Konzeptionen für den IM-Einsatz vor allem im Neuen Forum sollte die Entwicklung beeinflußt werden, denn die Schwergewichte in der Tätigkeit des Geheimdienstes wurden zu diesem Zeitpunkt verlagert. Selbstverständlich spielte noch immer die Aufklärung des politischen Gegners eine wesentliche Rolle. Von jeder Demonstration oder Veranstaltung in der Kirche hatten IM zu berichten; selbst hauptamtliche Mitarbeiter von Abteilungen, die für Beobachtungsaufgaben nicht zuständig waren, sollten Berichte liefern. Der Drang, alles wissen zu wollen, war ungebrochen. Umfassende Informationen waren aus Sicht des MfS weiterhin notwendig, um das eigene Handeln auf Schwerpunkte konzentrieren zu können. Doch wurde davon gesprochen, daß sich die Arbeit an Operativen Vorgängen an der Wirklichkeit zu orientieren hatte: Hauptziel konnte im Oktober nicht mehr der Abschluß durch Ermittlungsverfahren mit Haft sein. Nach dem 13. Oktober wurden keine Ermittlungsverfahren mehr eingeleitet. Entscheidend war aus Sicht des MfS zu diesem Zeitpunkt das Beherrschen der Lage – und ihre Beeinflussung.⁹¹

Das Neue Forum war als Sammlungsbewegung offen für alle Interessenten, somit auch für SED-Mitglieder. Diesen Umstand wollte sich das MfS zunutze machen. "Wenn wir den Monat verpassen, dann stehen wir draußen", hieß es auf der Dienstversammlung am 17. Oktober. Für das Eindringen in die Vereinigung wurden inoffizielle Mitarbeiter gesucht, die Spezialisten für Ökonomie, Medizin, Umweltschutz, Wahlrecht und – man höre und staune – Menschenrechte waren, denn das Neue Forum bildete thematische Arbeitsgruppen. Die IM sollten Führungsqualitäten besitzen und nicht nur in diesen Strukturen mitarbeiten, sondern sie hatten

⁸⁹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 39f.

⁹⁰ Ebenda, Bl. 116–118 und 120.

⁹¹ Ebenda, Bl. 24 und 102–109.

die Aufgabe, die Entwicklungsrichtung vorzugeben.⁹² Letztendlich sollte die SED wieder in die Vorhand gebracht werden. Ähnliche Absichten bestanden auch gegenüber den Blockparteien. Mit Hilfe schon etablierter "Agenturen" hatte das MfS die Absicht, deren Richtungswechsel zu kanalisieren. Das Vorhaben, das Neue Forum und die alten und neuen Parteien mit IM zu unterwandern, ist im Bezirk Karl-Marx-Stadt zu großen Teilen gelungen. Sie hatten in nicht wenigen Fällen Führungspositionen inne. Doch die Absicht, damit auch die Richtung vorzugeben, hat sich für SED und Staatssicherheit als Illusion erwiesen. Entscheidend dafür, daß dieses Konzept nicht aufgegangen ist, war der Zustand der nur noch formal führenden Partei.

Zwar forderte die Bezirksleitung, die SED müsse klarmachen, daß sie das Heft des Handelns in der Hand hat, und das MfS orientierte sich an dieser Vorgabe.⁹³ Aber die Situation an der Parteibasis sah zu diesem Zeitpunkt schon ganz anders aus. Von September bis Mitte Oktober hatte es 4.452 Parteiaustritte gegeben, in den Kreisen Klingenthal und Flöha sank die Mitgliederzahl um 4 Prozent.⁹⁴ Manche Grundorganisationen wurden so dezimiert, daß sie zu existieren aufhörten. Schon am 17. Oktober wurde aus den Kreisen an den 1. Sekretär der Bezirksleitung berichtet, daß Funktionäre die SED verlassen, weil sie meinten, deren Politik nicht mehr vertreten zu können.⁹⁵ Die Partei löste sich von unten her auf. Selbst unter den Genossen verbreitete sich Anfang November die Meinung, daß die SED ihren Führungsanspruch aufgeben sollte.⁹⁶ Die Opposition forderte schnellere Veränderungen. "Denen an der Macht" dürfe keine Zeit gegeben werden. In der Tat konnten die Funktionäre mit der sich überstürzenden Entwicklung nicht Schritt halten.⁹⁷

In einem solchen Umfeld hatten die inoffiziellen Mitarbeiter zu agieren und waren diesen Einflüssen wesentlich mehr ausgesetzt als die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS. Der Machtverfall der Partei mußte sich deshalb auf sie viel direkter auswirken. Die SED bildete nicht mehr das Zentrum der DDR-Gesellschaft, an dem sich die IM orientierten und an der Macht beteiligt fühlten. Zum anderen hatte die Bürgerbewegung eine breite Basis gewonnen, und der Drang nach Erneuerung war so groß, daß die Kanalisierung in die von SED und MfS gewünschte Richtung zu diesem Zeitpunkt schon keine Chance mehr hatte. In dieser Zeit schneller Veränderungen griffen ihre taktischen Verzögerungen und ihre Versuche, Aktionen ins Leere laufen zu lassen, nicht mehr; andere Mitglieder der Bürgerbewegung trieben die Entwicklung voran. Einige IM versuchten auf den Zug der Zeit aufzuspringen und stellten

⁹² Ebenda, Bl. 17f. und 25.

⁹³ Protokoll 45/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 2.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/093.

⁹⁴ Protokoll 40/89 zur Sondersitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 17.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/091.

⁹⁵ Informationen an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV-F 2/3 F 2230/114.

⁹⁶ Informationen zu besonderen Vorkommnissen; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, 14867.

⁹⁷ Protokoll 43/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 26.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/092.

eigene Ziele in den Vordergrund. Der IMB "Uwe Scharfschwert", dem es gelungen war, Mitglied des Bezirkssprecherrates des Neuen Forums zu werden, mußte sich von seinem Führungsoffizier, einem Sohn Gehlerts, vorhalten lassen, "daß es nicht Aufgabe des MfS sein kann, eine Bewegung anzuführen oder gar zum Sturm zu blasen". In einem Gespräch von Mitgliedern des Neuen Forums mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes war er nach Auffassung von Gehlert als "Scharfmacher Nr. 1" aufgetreten. Die Vorgabe aber hatte gelaute: "Es ist alles zu unterlassen, was im Endeffekt federführend durch Ihr eigenes Verhalten ein Anheizen politischer Emotionen mit sich bringt."⁹⁸

Ein kurzer Blick soll noch auf jene Personengruppe geworfen werden, die der Staats- und Parteiführung bereits seit Anfang der achtziger Jahre erhebliche Sorgen bereitete – die sogenannten Ausreiseantragsteller, also Bürger, die in die Bundesrepublik übersiedeln wollten. Allein in der Bezirksstadt bekundeten vom 1. bis zum 12. Oktober 739 Personen ihren Willen, der DDR den Rücken zu kehren, und die Tendenz nahm noch zu.⁹⁹ Um die massenhafte Westflucht über die Tschechoslowakei und Ungarn zu stoppen, wurden durch das Ministerium des Innern die Ausreisemodalitäten vereinfacht.¹⁰⁰ Dagegen war auf den Demonstrationen nun verstärkt der Ruf zu hören: "Wir bleiben hier!" Die Haltung der MfS-Bezirksverwaltung gegenüber Antragstellern wirkt grotesk, wenn man bedenkt, mit welchen Mitteln und Methoden seit 1961 versucht worden war, Ausreisewillige an der Verwirklichung ihrer Absicht zu hindern. Als Antwort auf dieses Problem proklamierte Gehlert nun:

"Rauschmeißen aus der DDR, was rauszuschmeißen geht, bevor sich noch mehr dieser Banditen überlegen, daß sie ihren Antrag auf Übersiedlung zurückziehen. Ablehnungen bedürfen der Zustimmung der Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der [SED-]Bezirksleitung [...] Und wenn wir in Plauen alle rausgeschmissen hätten, die wir rauschmeißen wollten, dann hätten wir mindestens 1.000 Demonstranten weniger."¹⁰¹

Klarer als in dieser veränderten Haltung konnte kaum zum Ausdruck kommen, daß die Staatssicherheit mit dem Rücken zur Wand stand und daß die bisherige SED-Linie nicht mehr in allen Punkten mit der Einschätzung des MfS übereinstimmte. Schon auf den Dienstversammlungen der Bezirksverwaltung im September hatte es erste kritische Äußerungen zur apathischen Haltung der SED-Führung gegeben. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Ereignisse am 7. Oktober in Karl-Marx-Stadt und Plauen änderte die Stellung des Ministeriums für Staatssicherheit innerhalb der Gesellschaft, obwohl Polizei und Kampfgruppen beim gewaltsamen Vorgehen gegen die Demonstranten stärker in Erscheinung getreten waren als das MfS. Der Geheimdienst, der fast überall präsent gewesen war, sich aber im Hintergrund

⁹⁸ IMB "Uwe Scharfschwert"; BStU, ASt Chemnitz, XIV 2176/87, Teil II, Bd. 7, Bl. 9 und 11. Zu der dahinter stehenden Taktik vgl. Walter Süß: Politische Taktik und institutioneller Zerfall. MfS und SED in der Schlußphase des Regimes, in: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 249–269.

⁹⁹ Lage in den Abteilungen Genehmigungsangelegenheiten der Räte der Stadtbezirke der Stadt Karl-Marx-Stadt, Parteiinformation 657 x/ 89, S. 1; BStU, ASt Chemnitz, AKG 410.

¹⁰⁰ Fernschreiben von Minister Mielke vom 27.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989.

¹⁰¹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 17.10.1989, ASt Chemnitz, AKG 435, Bl. 50.

gehalten hatte, rückte mit einem Mal in den Mittelpunkt des Interesses. Die Losungen auf den Demonstrationen zeigten es. Der Einsatz gegen die Demonstranten war im Auftrag der SED erfolgt. Der Sicherheitsapparat aber und vor allem das MfS sollten die Verantwortung dafür übernehmen. Zu ihrer Verwunderung mußten die Mitarbeiter der Staatssicherheit in der bisher nur als Sprachrohr der Parteiführung agierenden Presse Kritik an ihrem Verhalten lesen. Die Medien traten aus dem Schatten der Partei und gaben unterschiedliche Meinungen zu den Demonstrationen wieder. Hätten die Genossen der Staatssicherheit eine solche Berichterstattung vielleicht noch in den Zeitungen der Blockparteien erwartet – in der SED-Bezirkszeitung "Freie Presse" und der Zeitung des kommunistischen Jugendverbandes FDJ "Junge Welt" empfanden sie es schon als eine unangenehme Überraschung, zumal noch im September die politische Grundlinie für ihr Handeln aus diesen Zeitungen entnommen werden sollte.¹⁰² Noch auf der Tagung der SED-Bezirksleitung am 5. Dezember äußerte Gehlert, daß die "Freie Presse" ein Organ der SED sei und aus diesem Grund parteilich zu sein habe.¹⁰³ Die Reaktionen waren heftig, richteten sich am 18. Oktober aber noch gegen die zweite Leitungsebene der SED-Bezirksleitung, die Abteilungen für Sicherheitsfragen und für Staats- und Rechtsfragen:

"Diesbezüglich fühlen sich die Genossen der Deutschen Volkspolizei, die treu zur Sache stehenden Kampfgruppenangehörigen sowie die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit nicht nur betroffen, sondern zutiefst beleidigt. Sie heben hervor, daß sie auf Beschluß der Partei energisch gegen Unruhestifter eingeschritten sind und deshalb endlich eine überzeugende Richtigstellung der Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane veröffentlicht werden sollte."¹⁰⁴

Man suchte Verbündete und so wurde jeder Protest in der Polizei registriert und weitergemeldet. Die dortigen Schuldzuweisungen an die verantwortlichen Minister aber wurden vorerst nur innerhalb des MfS festgehalten.¹⁰⁵ Helle Empörung herrschte in der Parteileitung der Staatssicherheit darüber, daß etwa in der "Freien Presse" vorwurfsvoll gefragt wurde: "Hat nicht wenigstens die Staatssicherheit die Stimmung im Lande gekannt und nach 'oben' gemeldet?"¹⁰⁶ Der SED-Sekretär und der Leiter der Bezirksverwaltung wurden von ihren Leitungen beauftragt, auf der obersten Führungsebene, bei den Politbüromitgliedern Bezirkschef Lorenz und Staatssicherheitsminister Mielke, zu intervenieren. Sie kamen dieser Forderung, die ihre eigene Meinung widerspiegelte, am 30. Oktober mit einem Fernschreiben nach und informierten dar-

¹⁰² Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 15.9.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 430, Bl. 15.

¹⁰³ Protokoll zur Tagung der SED-Bezirksleitung am 5.12.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/016.

¹⁰⁴ Reaktionen von Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane [...] auf Presseveröffentlichungen, in denen diesen die Schuld für die Ausschreitungen um den 40. Jahrestag der DDR gegeben wird, Parteiinformation 596 a/89, S. 2; BStU, ASt Chemnitz, AKG 404.

¹⁰⁵ Stimmung unter VP-Angehörigen, Parteiinformation 710 f/89, S. 1; BStU, ASt Chemnitz, AKG 416.

¹⁰⁶ Meinungs-austausch in freier Rede und Gegenrede, in: "Freie Presse" vom 28.10.1989, S. 1; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/016. – Auch die örtlichen SED-Funktionäre wurden von dieser Entwicklung überrascht. In einer Information des Parteiapparates heißt es dazu: "Mit Bestürzung bringen die 1. Sekretäre der Kreisleitungen zum Ausdruck, daß die völlig einseitige Berichterstattung der Medien über Forderungen und Aktivitäten der Andersdenkenden sowie über alle möglichen Fehler und Verfehlungen von Partei, Regierung und örtlichen Staatsorganen, deren Ansehen beträchtlich untergraben und negativen Kräften Vorschub leisten." STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, 14867.

über ihre nachgeordneten Dienstseinheiten in vollem Wortlaut. Nach der Versicherung, "daß alle Mitarbeiter weiterhin zu ihrem Klassenauftrag stehen", verlangte man,

"daß deutlich gesagt werden muß, daß das Ministerium für Staatssicherheit seit Jahren die Partei- und Staatsführung durch konkrete Informationen auf Mißverhältnisse, Probleme und Schwierigkeiten aufmerksam gemacht hat, auch mit Hilfe progressiver Bürger der DDR, die ebenfalls völliges Unverständnis gegenüber der derzeitigen Kampagne gegen das Ministerium für Staatssicherheit zeigen. [...] Es wird erwartet, daß die Parteiführung und die Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit offensiv dazu Stellung nehmen, daß gesagt wird, daß die Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit seit fast 40 Jahren unter vielen Entbehrungen und auch Opfern die Aufgabenstellung der Partei realisiert haben. [...] Für sie ist eine solche gegen das Ministerium für Staatssicherheit gerichtete Kampagne und die 'Sprachlosigkeit' der Spitze der Partei und des Ministeriums für Staatssicherheit enttäuschend."¹⁰⁷

Es wurde eine zentrale Entscheidung für das Verhalten der territorialen MfS-Leitungen angemahnt, wenn zum Beispiel am 28. Oktober 30.000 Demonstranten zweimal an der Kreisdienststelle Plauen vorbeimarschierten, 500 brennende Kerzen abstellten und in Sprechchören riefen:

"Wir verdienen Euer Geld!"
 "Stasi in die Volkswirtschaft"
 "Stasi raus, arbeiten, arbeiten, arbeiten"
 "Stasi-Schläger in den Knast"¹⁰⁸

In einer weiteren Information an Partei und MfS heißt es vorwurfsvoll:

"Die Mitarbeiter der Schutz- und Sicherheitsorgane empfinden es als Vertrauensbruch, wenn sie zunächst im Auftrag der Partei- und Staatsführung zur Sicherung und Gewährleistung zentraler Maßnahmen mit allen Konsequenzen für ihr Leben und ihre Gesundheit eingesetzt werden, dies verantwortungsbewußt realisierten und sich nun damit konfrontiert sehen, daß den durch die Medien der DDR verbreiteten Angriffen [...] gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane nicht parteilich und prinzipiell entgegengetreten wird."¹⁰⁹

Die Verbitterung der MfS-Angehörigen wurde mit mehreren Zitaten dokumentiert, da gerade in der zweiten Oktoberhälfte das Selbstverständnis der Staatssicherheit als "Organ der Arbeiter- und Bauernmacht" mit den ersten kritischen Veröffentlichungen über den Einsatz der Sicherheitskräfte stark in Frage gestellt wurde. Die Erklärung des neuen SED-Generalsekretärs Egon Krenz in einem Fernschreiben vom 31. Oktober an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen war Balsam auf die durch die veröffentlichte Meinung geschlagenen Wunden:

"Wie ich auf der Beratung mit den 1. Sekretären erklärt habe, verdient das Handeln der Schutz- und Sicherheitsorgane für die öffentliche Ordnung und Sicherheit Dank und Anerkennung unserer Partei. Ihr insgesamt besonnenes Verhalten hat entschieden dazu beigetragen, daß größere Schäden für den Sozialismus abgewendet wurden. Darauf müssen wir uns auch künftig verlassen können."¹¹⁰

¹⁰⁷ Standpunkte und Meinungsäußerungen von Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit zu den in letzter Zeit in Massenmedien der DDR sowie der Öffentlichkeit vorgebrachten Anschuldigungen, Parteiinformation 671/89, Bl. 103f.; BStU, ASt Chemnitz, AKG 411.

¹⁰⁸ Ebenda, Bl. 104.

¹⁰⁹ Information über das Meinungs- und Stimmungsbild unter den Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit, Parteiinformation 675 a, Bl. 10f.; BStU, ASt Chemnitz, AKG 412.

¹¹⁰ Anlage Fernschreiben Nr. 3100 des BV-Leiters an die Leiter der DE vom 30.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989, S. 2.

In einer ähnlichen Erklärung hatte Krenz schon am 24. Oktober diese Parteinahme für Polizei, MfS und Kampfgruppen als eine der wichtigsten Aufgaben aller Genossen bezeichnet.¹¹¹ Da er bis zu seiner Wahl zum Generalsekretär im Sekretariat des ZK für Sicherheitsfragen verantwortlich und für das MfS zuständig war, wußte er natürlich um die Rolle und Bedeutung des Geheimdienstes für den Machterhalt seiner Partei.

Der Differenzierungsprozeß, den das MfS für die Opposition anstrebte, war in der SED in vollem Gange. Die Funktionäre dieser Partei, die sich der Staatssicherheit vorher als Repressionsapparat mit seinen "spezifischen Mitteln und Methoden" bedient hatten, setzten sich nun von ihm ab. Bei Dialog-Veranstaltungen zwischen Partei- und Staatsfunktionären und Bürgern wurden äußerst kritische Fragen zum MfS und seiner Rolle in der Gesellschaft gestellt, seine Existenzberechtigung angezweifelt. Weder die Kader von der Bezirksleitung noch die Funktionäre anderer partei- und staatlichen Leitungen stellten sich vor das MfS. Sie wichen mit ihren Antworten aus und ließen Fragen offen. Die MfS-Mitarbeiter konnten nicht verstehen, daß ihre Auftraggeber sich nicht zu ihrer Verantwortung bekannten und vor den Sicherheitsapparat stellten.¹¹²

Die SED-Bezirksleitung nahm den zunehmenden Druck und die daraus resultierende Verbitterung der Genossen vom Staatssicherheitsdienst zur Kenntnis, rechnete aber dennoch weiter mit deren "anforderungsgemäßem" Handeln.¹¹³ Die Kritik richtete sich in dieser Zeit natürlich nicht nur gegen die Staatssicherheit als Institution, sondern auch gegen die einzelnen Mitarbeiter. An ihnen, die sich immer als Elite der DDR-Gesellschaft empfunden hatten, ging das nicht spurlos vorüber. Der Medizinische Dienst stellte am 23. Oktober fest:

"Es kann die Tendenz der Zunahme von funktionell-vegetativen Störungen besonders bei jungen Mitarbeitern und der weiteren Ausprägung von bestimmten Krankheitszeichen von chronischen Leiden besonders bei älteren Mitarbeitern festgestellt werden. Das hat seine Ursache auch in solchen Dingen wie Schlafmangel, Störungen des Schlaf-Wach-Rhythmus, Eintönigkeit, Bewegungsmangel und Zunahme von Genußmittelmißbrauch."¹¹⁴

Ständig wurde betont, daß alle Angehörigen der Bezirksverwaltung zur Fahne stehen. Stellvertretend soll hier der Parteisekretär zitiert werden, der auf der Dienstversammlung am 27. Oktober darlegte, "daß unsere Kämpfer trotz vieler Fragen und Probleme klare Positionen beziehen und bereit und auch in der Lage sind, die vor uns stehenden komplizierten Aufgaben mit hoher persönlicher Hingabe und Einsatzbereitschaft zu lösen". Und wie schon im September folgte der Hinweis, "daß keiner allein gelassen und sich um jeden gekümmert würde".¹¹⁵ Auch in der Leitung der Bezirksverwaltung grassierte die Angst, daß die eigenen Reihen ins Wanken geraten könnten. Aussagen ehemaliger Mitarbeiter bestätigen, daß diese Angst nicht

¹¹¹ Informationen zu besonderen Vorkommnissen; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, 14867.

¹¹² Information über das Meinungs- und Stimmungsbild unter den Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit, Parteiinformation 675a/89, S. 2f.; BStU, ASt Chemnitz, AKG 412.

¹¹³ Protokoll 43/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 26.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/092.

¹¹⁴ Schreiben des Medizinischen Dienstes an die Leiter der DE; BStU, ASt Chemnitz, XVIII 102, unpag.

¹¹⁵ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 27.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 436, Bl. 3.

unbegründet war. So werden Festlegungen verständlich, daß mit Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) dreimal wöchentlich Kontakt aufzunehmen sei. Ihnen sollte immer wieder deutlich gemacht werden, daß sie im Auftrag des MfS handelten.¹¹⁶ Man fürchtete offensichtlich, daß sich die Absetzbewegung der SED-Funktionäre auf diese Mitarbeiter übertragen könnte.

Als Gehlert einen neuen Leiter der Abteilung Aufklärung (Abt. XV) einführte, mahnte er, "daß die Abteilung XV wie jede andere Dienstseinheit Bestandteil des MfS und nicht eine Elite oder die sogenannte 'Creme' ist". Das war nicht nur eine Spitze gegen die als elitär geltende Spionageabteilung, sondern sollte auch deutlich machen, wo die aktuellen Prioritäten lagen: "... alle müssen begreifen, was gegenwärtig in der DDR auf dem Spiel steht – es geht um die Frage der Macht, und die wird in der DDR entschieden".¹¹⁷

In den MfS-Unterlagen aus dieser Zeit finden sich erstaunlich häufig Hinweise zur Menschenführung. Ständig wurde gefordert, daß die Vorgesetzten Verständnis für die Probleme ihrer Mitarbeiter aufbringen sollten. Das weist darauf hin, daß das vorher nicht unbedingt die Regel war. Der Satz "Offenheit, Ehrlichkeit und Dialogbereitschaft sind auch bei uns im MfS gefragt", dürfte auch für die Mitarbeiter der Aufklärung neu gewesen sein und sollte wohl die Wende innerhalb des Geheimdienstes dokumentieren.¹¹⁸ Genauso klar war die Formulierung in der Dienstversammlung des Leiters der Bezirksverwaltung am 23. Oktober: "Aber von Kapitulanten ist sich zu trennen."¹¹⁹ Einheit und Reinheit der eigenen Reihen: Standpunkte, die in der kommunistischen Bewegung eine unsägliche Tradition haben.

5 Erzwungener Rückzug

Die Situation Anfang November war gekennzeichnet vom zunehmenden Druck der Straße. Die Entwicklung gewann immer mehr Eigendynamik. Die Forderungen der Demonstranten hatten sich in den drei Wochen zuvor vollständig geändert und nahmen grundsätzlichen Charakter an. Anfangs standen die Zulassung des Neuen Forums sowie Reise- und Versammlungsfreiheit im Vordergrund. Am 6. November richtete sich der Zorn – die Berichte der Staatssicherheit sprechen von Haß – gegen die SED, ihre Funktionäre und den Sicherheitsapparat und hier vornehmlich das Ministerium für Staatssicherheit. Die vorherrschende Stimmung bekam auch Politbüromitglied und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Siegfried Lorenz, zu spüren, der an diesem Tag versuchte, zu den 100.000 in Karl-Marx-Stadt Versammelten zu sprechen.

¹¹⁶ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 23.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 434, Bl. 8.

¹¹⁷ Beratung des BV-Leiters mit dem Kollektiv der Abteilung XV am 27.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 437, Bl. 2f.

¹¹⁸ Ebenda, Bl. 3.

¹¹⁹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 23.10.1989 zur Auswertung der Dienstversammlung des Ministers vom 21.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 434, Bl. 7.

"Aufhören", "abtreten", "Lügen" und "zu spät" skandierte die empörte Menge. Er kam kaum zu Wort und wurde ausgepiffen.¹²⁰

Die in 40 Jahren angestaute Wut gegen den sie ständig und allgegenwärtig überwachenden Geheimdienst zeigte sich in häufig recht drastischen Äußerungen. In der ersten Oktoberhälfte erhöhte sich die Zahl der anonymen Bombendrohungen gegen SED- und MfS-Einrichtungen erheblich. Ende des Monats waren selbst für MfS-Mitarbeiter Losungen wie "Stasi in die Volkswirtschaft" und "Stasi raus" fast zur Gewohnheit geworden, sie waren auf jeder Demonstration zu hören. Wenn es wie vor der Kreisdienststelle Schwarzenberg hieß: "Reißt sie nieder", "Brennt sie ab!",¹²¹ oder in Plauen: "Stasi-Schläger in den Knast", zerrte das schon eher an deren Nerven.

In Freiberg wurde gefordert, das Gebäude der KD für die Erweiterung der Kinderklinik zu nutzen.¹²² In Oberwiesenthal, Johannegeorgenstadt und Crottendorf bestanden die Einwohner darauf, daß die MfS-Ferien- und Kurheime der Allgemeinheit zugänglich sein sollten.¹²³ In diesen ersten Novembertagen erschreckten die Mitarbeiter der Staatssicherheit vor allem Forderungen nach einem Personalabbau um 80 Prozent oder der völligen Auflösung des MfS, wie sie häufig von Diskussionsrednern auf öffentlichen, meist von der SED organisierten "Dialogveranstaltungen" erhoben wurden. Es wurde überlegt, ob große öffentliche Diskussionen nicht lieber vermieden werden sollten, da die im offenen Schlagabtausch ungeübten Funktionäre keine Antworten parat hatten und in den Auseinandersetzungen meist den kürzeren zogen.¹²⁴

Auch einzelne Mitarbeiter des MfS bekamen den Volkszorn zu spüren. Am 27. Oktober mußte ein Mitarbeiter der KD Klingenthal feststellen, daß sein PKW "Trabant" mit brauner Farbe übergossen worden war. Ein Klempnermeister weigerte sich, Reparaturarbeiten für einen Angehörigen der KD Plauen zu übernehmen.¹²⁵ Selbst gegen Ehepartner und Kinder von MfS-Mitarbeitern äußerte sich zuweilen der Unmut der Bürger. Es blieb in der Regel aber bei verbalen Angriffen.

¹²⁰ Informationen zu besonderen Vorkommnissen; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, 14867. Auferstanden aus Ruinen ... und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90, Chemnitz 1991, S. 89. Der Auftritt von Lorenz wird in den MfS-Rapporten nur indirekt bestätigt; die Schätzung 100.000 Teilnehmer findet sich in diesen Unterlagen.

¹²¹ Fernschreiben Nr. 5520 der KD Schwarzenberg an die Abteilung AKG der BV vom 6.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989, S. 5.

¹²² Information über das Stimmungsbild unter den Mitarbeitern der BV, Parteiinformation 713 b/89 S. 2; BStU, ASt Chemnitz, AKG 417.

¹²³ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 27; Fernschreiben BV-Leiter an MfS Berlin, Rückwärtige Dienste vom 11. und 17.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989.

¹²⁴ Protokoll 45/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 2.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/093.

¹²⁵ Information über bisher bekanntgewordene Angriffe, Drohungen und Beleidigungen gegenüber Mitarbeitern des MfS ... seit dem 7.10.1989, Parteiinformation 683/89, S. 3 und 5; BStU, ASt Chemnitz, AKG 414.

Die an Beispielen aus dem Bezirk skizzierte Entwicklung vollzog sich überall in der DDR und blieb nicht ohne Folgen für den Zustand der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit. Das Politbüro trat in Raten zurück und die Führungskrise äußerte sich darin, daß die nachrückenden Mitglieder dieses Parteigremiums schon kurz danach wieder aus den übernommenen Funktionen ausscheiden mußten. Ähnlich sah es auf lokaler Ebene aus. An der Spitze des Bezirkes fand ein Wechsel statt. Der 35jährige Norbert Kertscher löste am 11. November Siegfried Lorenz ab, der im Oktober zu einem der Sekretäre des Zentralkomitees gewählt worden war. Mit Lorenz traten die meisten Mitglieder der alten SED-Bezirksleitung zurück.¹²⁶ Auch in den Kreisen mußten in der ersten Novemberhälfte 24 von 26 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen ihren Stuhl räumen. Der Zerfallsprozeß innerhalb der Partei war nicht mehr aufzuhalten. In der Woche vom 6. bis zum 11. November verließen im Bezirk über 6.000 Mitglieder die SED, in der Stadt Annaberg allein am 9. November 418 Genossen. Ihre Anzahl sank nach vielen Jahren erstmals wieder unter 200.000. Die neue Führung wußte, daß diese Tendenz anhalten würde und versuchte eine Reorganisation ihres Apparates. 50 Prozent der hauptamtlichen Mitarbeiter sollten abgebaut werden.¹²⁷ Oft war es schwer, neue Funktionäre für die Führungspositionen zu finden. Die Mitarbeiter im Partei- und Staatsapparat verloren durch die sich überstürzenden Ereignisse völlig die Orientierung. Die Haltungen reichten vom Willen mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, alles für den Erhalt der eigenen Position zu tun, über liberale Angepaßtheit bis zu ironischen Bemerkungen über das MfS.¹²⁸

Die SED mußte in diesen Tagen Schritt für Schritt weitere Positionen aufgeben, weil, wie Lorenz feststellte, sie "sonst völlig weggefegt worden wäre". Am 11. November sprach er vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen davon, daß die Genossen vor freien Wahlen nicht erschrecken sollten und zukünftig um Mehrheiten gekämpft werden müsse.¹²⁹ Es ist anzunehmen, daß den Funktionären an der Parteispitze klar geworden war, daß sich trotz der verfassungsmäßig verankerten führenden Rolle der SED die Frage der Macht neu stellen würde. So wird im nachhinein das Verhalten des Politbüros verständlich, am 9. November die Grenze zu öffnen. In der angespannten Situation gab es nach Lorenz nur zwei Alternativen: Ausnahmezustand oder Grenzöffnung. Mit dieser Bankrotterklärung für ihre bisherige Politik gelang es der SED, für den inneren Druck ein Ventil zu schaffen. Sie wollte, nach eigener Einschätzung, den "Linkskräften" die Möglichkeit geben, sich zu formieren.¹³⁰ An diesem er-

¹²⁶ Protokoll zur außerordentlichen Tagung der SED-Bezirksleitung am 11.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/014.

¹²⁷ Rede des 2. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Rolf Dunger auf der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 15f.; Protokoll 49/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 11.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/093.

¹²⁸ Bericht eines inoffiziellen Mitarbeiters vom 21.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, XX-1373, unpag.

¹²⁹ Bericht des Parteisekretärs Bombik auf der Dienstversammlung des BV-Leiters am 12.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 440, Bl. 37f. – Auch Wolfgang Schwanitz, der spätere Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, ging vier Tage später in seiner Eröffnungsrede vor dem MfS-Kollegium davon aus, daß die führende Rolle der SED verloren gegangen sei. Vgl. Süß: Entmachtung, S. 26.

¹³⁰ Bericht des Parteisekretärs Bombik auf der Dienstversammlung des BV-Leiters am 12.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 440, Bl. 38.

sten Wochenende stellten 81.948 Bürger des Bezirkes einen Antrag auf eine Besuchsreise in die Bundesrepublik. Über 28.000 Menschen passierten die Grenzübergangsstelle Gutenfürst und die auf Anweisung des Ministeriums am 12. November durch die MfS-Bezirksverwaltung eingerichtete Passage zwischen Blosenberg und Freilitzsch.¹³¹ Bis zum 16. November wurden 976.565 Visa erteilt.¹³²

Wie schätzte das MfS, das sich als Schild und Schwert dieser Partei verstand, die veränderte Situation und das dabei entstandene Machtgefüge ein? Einen Faktor verloren die Genossen in diesen Monaten nie ganz aus den Augen. Schon im September wurde festgestellt, daß die entscheidende Frage für den Erhalt der Macht das Verhältnis zur Sowjetunion war, und auch im November lautete die Einschätzung nicht anders. Gehlert wußte zu diesem Zeitpunkt, daß ein Eingreifen sowjetischer Truppen wie am 17. Juni 1953 oder im August 1968 in der ČSSR mit einem Generalsekretär Gorbatschow nicht zur Debatte stand. Noch am 26. Oktober hatte er in einem Fernschreiben an die Leiter aller ihm unterstellten Dienstseinheiten auf die Bedeutung des Besuchs von Egon Krenz beim Befehlshaber der sowjetischen Truppen in der DDR hingewiesen:

"Wir sollten das Zusammentreffen [von] Egon Krenz mit Armeegeneral Snetkow nicht nur als einen Akt der Höflichkeit bewerten, sondern als erneuten Beweis für die unzerbrüchliche Freundschaft zur UdSSR, zum sowjetischen Volk, zur Sowjetarmee und nicht zuletzt auch zu den sowjetischen Tschekeiten. Das Treffen unterstreicht unser festes Bündnis und sollte zugleich aus meiner persönlichen Sicht als eine Warnung an die in unserem Land zur Zeit agierenden feindlichen Kräfte betrachtet werden, die den Versuch unternehmen, die Arbeiter- und Bauernmacht anzugreifen und die Errungenschaften des Sozialismus in unserem Land zu liquidieren."¹³³

Doch um seinen Genossen die Situation zu verdeutlichen, hob Gehlert hervor, daß an den Feierlichkeiten zum 72. Jahrestag der Oktoberrevolution (7. November) in der DDR nicht mehr die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, sondern die Westgruppe der Sowjetarmee teilgenommen hatte, und fügte hinzu: "Wir würden der Sowjetarmee keinen guten Dienst erweisen, wenn wir um Hilfe bitten würden."¹³⁴ Der seit dem Machtantritt Gorbatschows 1985 verfolgte Kurs, den sowjetischen Weg der Umgestaltung nicht mitzugehen, war gescheitert. Mit der Bemerkung, "daß wir [...] aufhören müssen mit Dingen, die eben auch in diesem Saal verkündet wurden und müssen uns Aufgaben zuwenden, die eben die mit Sicherheit kommenden Strukturen erfordern", gab Gehlert von ihm bisher vertretene Positionen auf und richtete den Blick nach vorn: "Wir müssen von der Sowjetunion wieder lernen, wie man Umgestaltung macht, dann wären wir nicht drei Jahre zu spät gekommen". Aus einem Interview des Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit, Krjutschkow, leitete er Hoffnungen für eine ähnliche Perspektive des MfS ab: "Ein analoges Interview wird meines Erachtens der neue

¹³¹ Information über bekanntgewordene bedeutsame Ereignisse, Parteiinformation 716/89, S. 5; Parteiinformation 717/89, S. 4; Parteiinformation 718/89, S. 3; BStU, ASt Chemnitz, AKG 417.

¹³² Stellvertreter für Inneres; STAC, Rat des Bezirkes, 128706.

¹³³ Fernschreiben Nr. 2671 des BV-Leiters an die Leiter der DE vom 26.10.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-298, Bl. 182.

¹³⁴ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 16.

Minister für Staatssicherheit auch geben."¹³⁵ So verwundert es nicht, wenn an der Dienstversammlung am 23. November, wie sonst nicht üblich, ein Oberst Popow vom KGB teilnahm.¹³⁶

Hoffnungsträger in der DDR sollte der neue SED-Generalsekretär sein. Gehlert forderte: "Wir müssen Vertrauen haben in Egon Krenz." Die Genossen des MfS diskutierten natürlich auch die Entwicklung in der SED und die möglichen Auswirkungen für ihre Zukunft. Aus diesem Grund kommentierte der BV-Chef den sich in der Staatsmacht vollziehenden Wandel: "Man sollte aber den Rücktritt der Regierung und einen möglichen Rücktritt des Politbüros nicht als Signal betrachten für das Aufgeben der Arbeiter- und Bauernmacht." Die Rücktritte, die in dieser Form wenige Monate zuvor noch niemand für möglich gehalten hätte, wurden nun als folgerichtig eingeschätzt: "... die Führung ist nun einmal in erster Linie für das, was entstanden ist, verantwortlich".¹³⁷

Ein bißchen Selbstkritik ließ Gehlert mit einfließen, als er gestand, daß er trotz seines Wissens um die Lage der DDR in 32 Jahren Mitgliedschaft in der SED-Bezirksleitung nur einmal den Mut gefunden hatte, zur Diskussion zu sprechen.¹³⁸ Trotz manch kritischer Denkansätze und einzelner Proteste stand das MfS immer zur Führung der SED. Der Leiter der Bezirksverwaltung mahnte die Mitarbeiter, "daß wir Soldaten sind und Befehle durchführen und wenn wir beginnen mit Anarchie, dann geben wir uns praktisch selber auf, und ich denke, daß das niemand von uns will".¹³⁹ Eigenständiges Handeln kam nicht in Betracht, für alles wurde vorher der Segen der Partei eingeholt, auch der Wandel des Verhältnisses zur Bürgerbewegung, auf den noch einzugehen sein wird, sollte letztlich dem Machterhalt der SED dienen. Wie mit der Opposition umzugehen war, wurde weiterhin durch die Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung festgelegt.¹⁴⁰ Auch Schritte in die Öffentlichkeit, wie ein Interview des Leiters der Bezirksverwaltung am 4. November in der "Freien Presse", wurden eingehend mit der SED-Bezirksleitung abgestimmt und gewünschte Korrekturen an der ursprünglichen Fassung mußten berücksichtigt werden. Forderten die leitenden Parteifunktionäre die Teilnahme von Mitarbeitern der Staatssicherheit an Diskussionsveranstaltungen, so war dem Folge zu leisten.¹⁴¹ Die regelmäßigen schriftlichen Informationen über die Stimmung in der Bevölkerung und alle aus seiner Sicht politisch relevanten Ereignisse, die das MfS seit den fünfziger Jahren für die SED erarbeitete, blieben eine Selbstverständlichkeit.

¹³⁵ Ebenda, Bl. 12, 16 und 21.

¹³⁶ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAfNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 15.

¹³⁷ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 11 und 15f.

¹³⁸ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 10.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 439, Bl. 9.

¹³⁹ Ebenda, Bl. 8.

¹⁴⁰ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 14.

¹⁴¹ Ebenda, Bl. 14 und 22f.

Umgekehrt hielt sich die Unterstützung der Partei für den Staatssicherheitsdienst in Grenzen. Obwohl Lorenz von Gehlert in einem Fernschreiben am 2. November gebeten worden war, das MfS gegen die negative öffentliche Meinung in Schutz zu nehmen, sprach sich der SED-Bezirkssekretär in einer Rede vor 1. Kreissekretären seiner Partei am 9. November gegen eine "vordergründige Frontnahme für die Sicherheitsorgane aus, denn damit würde nur Öl ins Feuer gegossen"¹⁴². Auf der außerordentlichen Tagung der SED-Bezirksleitung zur Wahl ihrer neuen Führung am 11. November kamen die gegensätzlichen Standpunkte direkt zum Ausdruck, führten fast zu einer Kontroverse. Trotz der eindringlichen Bitte Gehlerts, sich im Zusammenhang mit der Wahl geschlossen hinter die Schutz- und Sicherheitsorgane zu stellen, forderte ihn Lorenz auf, seinen Antrag zurückzuziehen. "Es wäre im Moment im Zusammenhang mit all dem, was an neuen Kaderveränderungen in dieses Kommuniqué hineinzuschreiben wäre, eine nicht sehr günstige Verbindung", legte er den Standpunkt der SED-Führung dar. Gehlert konnte sich mit seiner Meinung nicht durchsetzen, fügte aber in offensichtlicher Anspielung auf den Zustand der Partei hinzu: "Ich kann hier sagen am Schluß – es ist noch nicht ein Tschekist dieser BV Karl-Marx-Stadt, einschließlich der KD, zurückgetreten oder hat um seine Entpflichtung gebeten". Der Polizeichef des Bezirkes, Peter Müller, sprach sich einerseits für die von Lorenz vertretene Position aus und schloß sich andererseits resignierend Gehlerts Äußerung an, daß es manchmal leichter wäre, mit der Kirche zu arbeiten.¹⁴³

Ambivalent gestaltete sich das Verhältnis zur Bürgerbewegung und vor allem zum Neuen Forum. Als Machtfaktor mußte es immer stärker berücksichtigt werden. So fanden Gespräche zwischen Vertretern des Neuen Forums und dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes am 26. Oktober¹⁴⁴ und – im Auftrag von Siegfried Lorenz – am 3. November mit einem Sekretär der SED-Bezirksleitung und dem Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei¹⁴⁵ statt. Die Arbeitsgruppe des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung hielt es für unumgänglich, daß der für die Zulassung von Vereinigungen zuständige Stellvertreter für Inneres beim Rat des Bezirkes die "Exponenten des Neuen Forums" zur Entgegennahme eines solchen Antrages einlädt. Gehlert betonte allerdings in einem Fernschreiben an die Leiter der ihm unterstellten Dienst-einheiten, "daß dies eine eigenmächtige Entscheidung der Arbeitsgruppe ist" und distanzierte sich damit für das MfS davon.¹⁴⁶ Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung hatte am 6. November in einer Zusammenkunft mit Vertretern des Neuen Forums nach der Demonstration mit 100.000 Teilnehmern in Karl-Marx-Stadt die gleiche Empfehlung ausgesprochen. Durch die offizielle

¹⁴² Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 12.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 440, Bl. 39.

¹⁴³ Protokoll zur außerordentlichen Tagung der SED-Bezirksleitung am 11.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/014.

¹⁴⁴ Information über ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Genossen Fichtner, und ausgewählten Bürgern des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; STAC, Rat des Bezirkes, Büro des Vorsitzenden, 128706.

¹⁴⁵ Fernschreiben des BV-Leiters an Minister Mielke vom 3.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-298, Bl. 220f.

¹⁴⁶ Fernschreiben Nr. 500 des BV-Leiters an die Leiter der DE vom 7.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, XVIII 102, unpag.

Zulassung und weitere Gespräche erhoffte sich die SED, Einfluß auf die Bürgerbewegung zu gewinnen und zukünftig Demonstrationen verhindern zu können.¹⁴⁷ Zumindest sollte aber über eine Sicherheitsvereinbarung ihr Verlauf beeinflußt werden. Ziel des MfS war es, die Bezirksverwaltung außerhalb des Streckenverlaufs zu belassen.¹⁴⁸ Selbstverständlich blieb das Neue Forum der politische Gegner, der die führende Rolle der SED in Frage stellte. Bürger, die sich in dieser Vereinigung engagierten, wurden weiterhin nach der Direktive 1/67 erfaßt. In Zusammenhang mit der Zulassung der Vereinigung hieß es dazu: "Die Forum-Leute, wir haben sie." Die Einstufung blieb bestehen.¹⁴⁹

Es fällt aber auf, daß ab Mitte Oktober häufig auf Möglichkeiten der Zusammenarbeit hingewiesen wurde. Gehlert betonte auf seiner Dienstversammlung am 8. November, daß er seit Wochen festgestellt habe, daß man mit den Mitgliedern des Neuen Forums reden könne.¹⁵⁰ Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung bedauerte in einer Beratung mit Kreissekretären seiner Partei am 9. November ebenfalls, daß man es verpaßt habe, "mit dem Neuen Forum rechtzeitig ins Gespräch zu kommen"¹⁵¹. Hinsichtlich der Umgestaltung der DDR-Gesellschaft stellte der Bezirksverwaltungschef fest:

"Und daß wir [mit inoffiziellen Mitarbeitern] im 'Neuen Forum' sind, das ist sehr richtig und sehr wichtig und [wir] müssen aber auch mit den Leuten, mit den[en] wir im 'Neuen Forum' sind, so arbeiten, auch dies mag kurios klingen, daß wir mit diesen Leuten das 'Neue Forum' unterstützen. Und wenn wir in befreundeten Parteien sind, dann wissen wir, die Arbeit der befreundeten Parteien müssen wir unterstützen."¹⁵²

Für den Machterhalt war jedes Mittel recht.

Der Nachfolger von Lorenz im Amt des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung, Kertscher, zeigte sich in einem Gespräch mit Vertretern des Neuen Forums am 23. November "sehr flexibel", wie es in einem IM-Bericht heißt. Er war bereit, mit seiner Partei in die 2. Reihe zu treten, wenn das Neue Forum am Ziel einer sozialistischen Gesellschaft festhält und sich damit für die SED eine Chance ergäbe, die Macht wieder zu übernehmen. Wegen des geschlossenen Widerstands seiner Verhandlungspartner wollte er sogar die Kampfgruppen auflösen. Durch sein geschicktes

¹⁴⁷ Protokoll 43/89 zur Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung am 26.10.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/3/092.

¹⁴⁸ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 13f.

¹⁴⁹ Ebenda, Bl. 20.

¹⁵⁰ Ebenda, Bl. 13.

¹⁵¹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 12.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 440, Bl. 37. – Mit einem Fernschreiben hatte SED-Generalsekretär Egon Krenz am 8. November die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen davon unterrichtet, daß das Zentralkomitee auf seiner 10. Tagung den Innenminister beauftragt hatte, den ablehnenden Bescheid zur Zulassung des Neuen Forums zu überprüfen. Voraussetzung dafür sollte das Anerkennen der Verfassung sein. Damit den Führungsanspruch der SED retten und gleichzeitig die Bürgerbewegung politisch einbinden zu wollen, war illusorisch. BStU, ASt Chemnitz, XIV-152, unpag.

¹⁵² Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 16.

Taktieren verleitete er die Vertreter des Neuen Forums zu solchen Positionen, daß es von anderen Bürgerbewegungen als Stasi-unterwandert eingeschätzt wurde.¹⁵³

Emsige Betriebsamkeit war Anfang November kennzeichnend für die Lage der MfS-Bezirksverwaltung. Waren nach den auch für die Staatssicherheit schockierenden Ereignissen vom 7. Oktober zehn Tage bis zu einer umfassenden Auswertung innerhalb der Leitung vergangen, so fanden nun innerhalb von 14 Tagen fünf Dienstversammlungen mit allen Leitern der Dienstseinheiten und Kreisdienststellen statt, eine davon sogar an einem Sonntag. Der Geheimdienst versuchte, sich ständig der sich verändernden Lage anzupassen. Diese Versuche mußten scheitern, weil sich die SED nach der Machtübernahme durch Egon Krenz nicht wieder konsolidieren konnte und der an die Partei gebundene Machtapparat ohne sie handlungsunfähig war.

Auf der Dienstversammlung am 8. November spielte die Auswertung der Ministerweisung zur Reduzierung des Bestandes an dienstlichen Bestimmungen und Weisungen in den Kreis- und Objektdienststellen eine wesentliche Rolle.¹⁵⁴ Die Leitung der Bezirksverwaltung hatte die aus ihrer Sicht immer bedrohlicher werdende Lage einzelner Kreisdienststellen schon vor Mielkes Weisung berücksichtigt. In Klingenthal und Plauen führten die Demonstrationen zu den dortigen MfS-Dienststellen, deshalb waren deren Akten bereits vorsorglich nach Karl-Marx-Stadt geschafft worden. Für Auerbach und Marienberg gab es ähnliche Überlegungen.¹⁵⁵ Mitarbeiter von Kreisdienststellen sollten zum Sichten und Vernichten von Unterlagen zur Bezirksverwaltung kommandiert werden.¹⁵⁶ Offensichtlich war beabsichtigt, den Bestand an Unterlagen noch mehr zu reduzieren, denn im Protokoll heißt es: "Das müssen wir jetzt systematisch organisieren, müssen das im Schichtbetrieb machen, müssen auch aufpassen, wo wir das Zeug hinfahren, daß wir dort keine Panik auslösen, also wenn die Papierfabrik bisher in der Woche einen LKW bekommen hat und jetzt kommen täglich 15, das geht natürlich nicht." Es bereitete erhebliche Schwierigkeiten, mit der Unmenge an Unterlagen zu Rande zu kommen. Deshalb sollten Akten in die nicht mehr genutzte Untersuchungshaftanstalt eingelagert oder auf einem MfS-Grundstück verkippt werden.¹⁵⁷ Weitere Einschränkungen hielt man für unumgänglich.

Obwohl immer wieder postuliert wurde, daß es zu keinen Abstrichen in der "politisch-operativen Arbeit" kommen dürfe und wegfallende Überwachungsmaßnahmen durch verstärkten IM-Einsatz kompensiert werden sollten, war der Leitung doch klar, daß die verfügbaren Einschränkungen wesentliche Auswirkungen auf die Tätigkeit des Geheimdienstes haben mußten.¹⁵⁸ Der bisherige Arbeitsstil in den Kreisdienststellen konnte ohne Unterlagen nicht

¹⁵³ Informationen zu Oppositionsgruppierungen und Parteien in Karl-Marx-Stadt; BStU, ASt Chemnitz, XX-1353, unpag.

¹⁵⁴ Vgl. Süß: Entmachtung, S. 14f.

¹⁵⁵ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 3–5.

¹⁵⁶ Fernschreiben Nr. 820 vom 15.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, XIX-152, unpag.

¹⁵⁷ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 8.

¹⁵⁸ Ebenda, Bl. 5f.

aufrechterhalten werden. Und es blieb nicht bei den geschilderten Einschnitten. Gleichzeitig mit der Ministerweisung zur Reduzierung dienstlicher Bestimmungen¹⁵⁹ wurden fast alle Aufgaben schrittweise eingestellt, die außerhalb der Dienstgebäude zu erledigen waren. Die Abteilung M, Postkontrolle, arbeitete in einer Baracke, die unter den gegebenen Umständen nicht mehr sicher schien. Obwohl dieses Gebäude von den Demonstranten noch nicht als Ziel anvisiert worden war, sollten die dort gelagerten Karteien anderswo untergebracht werden. Die Außenstellen der Abteilung M in den Postämtern Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Plauen wurden aufgelöst. Die Staatssicherheit setzte sich zum Ziel, "die brisanten Räume und die brisanten Objekte nun so wieder her[zu]stellen, daß sie also von der Deutschen Post, wenn dort eine Kommission kommt und will dort sehen, was Sache ist, auch vorgeführt werden kann".¹⁶⁰ Das ist offensichtlich gelungen, denn von der Abteilung Postkontrolle sind nur wenige Unterlagen erhalten geblieben.

Beobachtungsaufträge an die Abteilung VIII oder Abhörmaßnahmen der Abteilung 26 sollten nur noch in Ausnahmefällen erteilt werden und waren vom Leiter der Bezirksverwaltung zu genehmigen. Da der konspirative Abbau der außerhalb der Dienstgebäude installierten Technik in Angriff genommen wurde – in Karl-Marx-Stadt konnte das gesamte Stadtzentrum durch Fernsehtechnik überwacht werden¹⁶¹ –, kann davon ausgegangen werden, daß zu diesem Zeitpunkt die Leitung nicht mehr damit rechnete, daß die Arbeit in der bisherigen Form weitergeführt werden würde. Die durch den Wegfall ihrer Aufgaben beschäftigungslos gewordenen Mitarbeiter sollten für die Sicherung der Dienstgebäude und für Bereitschaftsdienste eingesetzt werden. In einem Maßnahmenplan vom 7. November wurden Leiter eingeteilt, die zusammen mit Mitarbeitern der Bezirksverwaltung die gefährdeten Kreisdienststellen unterstützen sollten.¹⁶²

Führungsoffiziere waren von derartigen Aufgaben freigestellt, damit sie mehr Treffs mit ihren inoffiziellen Mitarbeitern wahrnehmen konnten. 95 Prozent der IM hatten sich bereit erklärt, weiterhin mit dem MfS zusammenzuarbeiten. Durch den Wegfall anderer Überwachungsmöglichkeiten spielte der Einsatz der "Agenturen" eine immer größere Rolle.¹⁶³ Mit dem schwindenden Einfluß der SED gestaltete sich die Zusammenarbeit mit ihnen jedoch zunehmend schwieriger; manche kamen nicht mehr zu den vereinbarten Treffs.¹⁶⁴

Möglichkeiten zur Einschränkung einer der wichtigsten Aufgaben des MfS sah Gehlert in den ersten Novembertagen. Er meinte, daß man über Demonstrationen am Karl-Marx-Monument jetzt in der "Freien Presse" mehr erfahren würde, als in den Informationen des Sicherheitsdienstes für die Partei.¹⁶⁵ Der neue 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung griff aber weiterhin auf

¹⁵⁹ Weisung des Ministers an die Leiter der Dienstseinheiten zur Reduzierung dienstlicher Bestimmungen in Kreis- und Objektdienststellen vom 6.11.1989; BStU, ZA, DSt 103633.

¹⁶⁰ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 6.

¹⁶¹ Stützpunktsystem "Studio"; BStU, ASt Chemnitz, VIII-30, unpag.

¹⁶² Maßnahmenplan des BV-Leiters vom 7.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, XVIII 102, unpag.

¹⁶³ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 6.

¹⁶⁴ Aussagen eines ehemaligen Mitarbeiters der Abteilung XX.

¹⁶⁵ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 12.

dieses bewährte Informationsmittel zurück – die letzten Berichte stammen vom 6. Dezember 1989.¹⁶⁶ Er ließ sich sofort nach seiner Wahl eine Übersicht zur Situation der SED-Kreissekretariate zuarbeiten. Darin wurde der Zerfall des Parteiapparates eindringlich beschrieben.¹⁶⁷

Nicht zuletzt deshalb wollte die Leitung der BV Vorsorge für die Zukunft treffen. In der Tätigkeit des MfS traten innere Probleme des Geheimdienstes immer mehr in den Vordergrund. Die eigenen Reihen waren infolge der militärischen Disziplin, der entschlossenen Führung Gehlerts und des auf allen gemeinsam lastenden Drucks von außen noch relativ geschlossen. Bis zum 12. November gab es nur fünf Entpflichtungsgesuche.¹⁶⁸ Die Leitung der Bezirksverwaltung versuchte ihre Mitarbeiter moralisch zu stützen. So besuchte Gehlert am 2. November die am meisten unter Druck stehende Kreisdienststelle Plauen und führte am 7. November eine Zusammenkunft mit allen in der Bezirksverwaltung arbeitenden Frauen durch. In der Zeit vom 6. bis 9. November wurden fast alle Dienstseinheiten durch Leitungsmitglieder aufgesucht, um sich einen Überblick über Zustand und Funktionsfähigkeit des Apparates zu verschaffen, sich über Sorgen und Nöte der Mitarbeiter vor Ort zu informieren und eine optimistische Grundstimmung zu verbreiten.¹⁶⁹ Die Mitarbeiter waren durch die öffentliche Kritik an ihrer bisherigen Arbeit sehr verunsichert. Die Leitungsmitglieder versuchten, durch Beispiele aus der Informationstätigkeit des MfS zu Mißständen in der DDR-Gesellschaft dem Eindruck entgegenzuwirken, der Geheimdienst wäre den von der SED gestellten Aufgaben nicht gerecht geworden. Fragen zur Zukunft des Ministeriums und zur persönlichen Perspektive standen im Mittelpunkt der Diskussionen; die eigene Sicherheit und die der Familien im Wohnumfeld wurden mehrfach angesprochen. Um die vier Kreisdienststellen Brand-Erbisdorf, Schwarzenberg, Zschopau und Klingenthal sollten sich, wurde gefordert, leitende Offiziere der Bezirksverwaltung kümmern, da dort die Angst so groß war, daß die "echte tschekistische Motivation" in den Hintergrund trat. Durchgängig kam zum Ausdruck, daß das Vertrauen zur SED verlorengegangen war.¹⁷⁰ Stellvertretend soll hier aus einem Fernschreiben der KD Annaberg an den Bezirkschef vom 7. November zitiert werden:

"Die Partei hat es bisher nicht fertiggebracht, Standpunkte und Haltungen zum MfS weder in Presse, Rundfunk noch Fernsehen wirksam gegenüber den Angriffen zum MfS zu veröffentlichen. [...] Zunehmend wird von Mitarbeitern die Frage gestellt, wie lange soll noch gewartet werden, ehe man gegen sozialismus-feindliche Elemente vorgeht. Sie sind bereit, alles zur Sicherung des Sozialismus in der DDR, unter Beachtung der eingeschlagenen Wende, zu unternehmen."¹⁷¹

¹⁶⁶ Nachweise über die Informationen an die Bezirksleitung der SED 1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 18.

¹⁶⁷ Information über die gegenwärtige Situation in den Sekretariaten der SED-Kreisleitungen im Bezirk Karl-Marx-Stadt, Parteiinformation 726/89, S. 1–8; BStU, ASt Chemnitz, AKG 418.

¹⁶⁸ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 12.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 440, Bl. 37.

¹⁶⁹ Berichte der AKG/Kontrollgruppe über Vor-Ort-Einsätze vom 6., 9. und 10.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 443, unpag.

¹⁷⁰ Bericht der AKG/Kontrollgruppe über die Vor-Ort-Einsätze am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 443, unpag.

¹⁷¹ Anlage zum Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 34–36.

Aufgrund der Angriffe in der Presse und bei öffentlichen Veranstaltungen stieg der Rechtfertigungsdruck. Da sich die SED-Führung nicht vor ihren Sicherheitsapparat stellte, war Selbstdarstellung des Geheimdienstes in den Medien gefordert. Ähnlich wie der stellvertretende Minister Mittig dem "Neuen Deutschland"¹⁷² gab Generalleutnant Gehlert am 4. November der "Freien Presse" ein mit dem Minister und dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung abgestimmtes Interview. An Beispielen versuchte er zu demonstrieren, wie das MfS festgestellte Mängel im Interesse der Allgemeinheit weitergemeldet hätte, um positive Veränderungen zu erreichen. Die Sprechchöre "Stasi in die Produktion" wären überholt. Die Staatssicherheit hätte sich unter dem Namen "Kartell" seit Jahren an Forschungsaufgaben zur Verbesserung von Konsumgütern beteiligt und dabei unter anderem mikroelektronische Steuerungen entwickelt.¹⁷³

Entgegen einer ersten noch am selben Tag gegenüber der SED-Bezirksleitung abgegebenen positiven Einschätzung der Wirkung dieses Artikels mußte in einer internen Auswertung der Reaktionen auf das Interview am 10. November eingestanden werden: "Generell ist einzuschätzen, daß in keiner der 44 ausgewerteten Leserzuschriften eine zustimmende Position zu Ihrem Interview zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig wird in einer Vielzahl der Briefe das MfS als ein der Bevölkerung angsteinflößender Apparat dargestellt."¹⁷⁴ Selbst ein enger Mitarbeiter des Ratsvorsitzenden des Bezirkes äußerte ironisch und vielleicht ein wenig verärgert, daß er bis zum heutigen Tag nicht gewußt habe, daß es auf dem Kaßberg solche Köhner gebe, die in 14 Tagen eine elektronische Waschmaschine entwickeln, und zitierte dann einen ehemaligen MfS-Mitarbeiter, dem diese Ausführungen ebenfalls unglaublich erschienen.¹⁷⁵ Auch mit Gehlerts Rundfunkinterview im Sender Karl-Marx-Stadt am 29. November und der Teilnahme von KD-Leitern an Dialogveranstaltungen konnte keine Meinungsänderung bewirkt werden. Die Tatsachen sprachen allzu deutlich gegen das MfS.¹⁷⁶

Innerhalb der Partei versuchte Gehlert, das Erscheinungsbild des MfS ebenfalls zu verbessern. In einem Diskussionsbeitrag für die SED-Bezirksleitungssitzung am 11. November, der aus Zeitgründen nicht gehalten werden konnte, beklagte er die früheren Reaktionen auf die MfS-Berichte an die Partei. Er zitierte eine Antwort, die sie seinerzeit von der SED erhalten hätten: "Wenn man eure Informationen liest, muß man zu der Meinung kommen, die Konterrevolution steht bevor." Ziel seiner Meldungen sei gewesen, "auf den Vertrauensverlust unserer Partei [...] zu verweisen". Der BV-Chef vergaß aber auch nicht, positive Beispiele der Zusammenarbeit zu

¹⁷² Staatliche Sicherheit – Grundbedingung für Erneuerung und für Bewahrung des Erreichten, in: "Neues Deutschland" vom 6.11.1989, S. 3. – Die meisten BV-Leiter für Staatssicherheit gaben im November ähnliche Interviews, wobei Gehlert relativ zeitig in die Öffentlichkeit ging. Im Ministerium gab es dazu einen "Entwurf für ein Interview mit einem Führungskader des MfS", 31.10.1989; BStU, ZA, SdM 2151, Bl. 24–28.

¹⁷³ Zum Thema "Stasi in die Produktion", in: "Freie Presse" vom 4.11.1989, S. 2.

¹⁷⁴ Auswertung durch den Stellvertreter Operativ vom 10.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989, S. 1f.

¹⁷⁵ Bericht eines inoffiziellen Mitarbeiters vom 21.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, XX-1373, unpag.

¹⁷⁶ Text des Interviews vom 29.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, L 188, unpag.

erwähnen und forderte zum "Schulterschuß" innerhalb der SED und mit dem MfS auf.¹⁷⁷ Am 23. November konnte er einen kleinen Erfolg für seine unermüdlichen Bemühungen verbuchen. Die SED-Bezirksleitung beriet über ein neues Positionspapier, auf dessen Grundlage sie künftig die politischen Auseinandersetzungen führen wollte. Auf eine Forderung Gehlerts hin wurde die folgende modifizierte und auf die veränderte machtpolitische Situation zugeschnittene Passage aufgenommen: "Kein Staatswesen in der heutigen Welt kann ohne Schutz- und Sicherheitsorgan existieren. Unsere Wertschätzung für diese verantwortungsvolle Arbeit verbinden wir mit der Forderung nach einer Neubestimmung ihrer Aufgaben, einer ständigen demokratischen Kontrolle ihrer Arbeit und nach Transparenz ihres Wirkens."¹⁷⁸

Der Leiter der Bezirksverwaltung und seine Mitarbeiter wußten, daß das Bild unzutreffend war, das das MfS von sich für die Öffentlichkeit entwarf. Recht und Gesetz waren vielfach gebrochen oder willkürlich ausgelegt worden. Den eigenen Genossen erläuterte Gehlert auf der Dienstversammlung am 16. November seine Haltung. Er sprach über den Untersuchungsausschuß beim Bezirkstag, der wegen der Vorkommnisse am 7. Oktober eingesetzt worden war und der auch die Tätigkeit der Bezirksverwaltung überprüfte: "Was wir getan haben, haben wir getan als Soldaten, auf Befehl der Arbeiter- und Bauernmacht und nicht zuletzt auf Beschluß unserer Partei." Am Ende der Beratung wiederholte er dieses Argument mit ähnlichen Worten. Noch bei mehreren anderen Gelegenheiten betonte der Bezirkschef, daß das MfS immer auf der Grundlage von Gesetzen gehandelt hätte und rückte den Staatssicherheitsdienst sogar in die Rolle eines der Rehabilitierung bedürftigen Opfers. Damit versuchte Gehlert, die Schuld – ähnlich wie das am Ende der faschistischen Diktatur 1945 geschah – ausschließlich auf die Führung abzuwälzen. Ein gewisses Schuldeingeständnis war es, als er zu den Ereignissen vom 7. Oktober bemerkte: "Kurioserweise konnte man der Staatssicherheit keinerlei Übergriffe nachweisen."¹⁷⁹

Die neue SED-Bezirksleitung bemühte sich, das Verhältnis zum MfS wieder zu verbessern. Am 16. November stellte sich ihr 2. Sekretär, Rolf Dunger, der Leitung der Bezirksverwaltung vor, ein Funktionär, der noch im Frühjahr 1989 als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Glauchau ein besonders rigoroses Vorgehen gegen Andersdenkende gefordert hatte.¹⁸⁰ Er erklärte: "Wir stehen in diesen Stunden fester denn je an eurer Seite. Wir werden diesen Kampf gemeinsam bestehen."¹⁸¹ Der 1. Sekretär, Norbert Kertscher, sprach am 24. November auf einer

¹⁷⁷ Diskussionsbeitrag Gehlerts zur SED-Bezirksleitungssitzung am 11.11.1989, Parteinformation 715b/89, S. 1, 2 a; BStU, ASt Chemnitz, AKG 417.

¹⁷⁸ Positionspapier der SED-Bezirksleitung zur Diskussion mit den Bürgern des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, in: "Freie Presse" vom 29.11.1989, S. 3. – Die Einbindung des Amtes für Nationale Sicherheit in die Regierungsarbeit betonte auch Ministerpräsident Hans Modrow bei der Einführung des neuen Leiters Wolfgang Schwanitz am 21.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 30.

¹⁷⁹ Diskussionsbeitrag Gehlerts zur Tagung der SED-Bezirksleitung am 23.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/015; Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 2 und 17f.

¹⁸⁰ Auswertung der Mobilmachungsübung. Turmbau III/89; BStU, ASt Chemnitz, Mapped Herbst 1989.

¹⁸¹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 17.

Parteiaktivtagung zu den bedrängten Genossen.¹⁸² Die bezirklichen Apparate von Partei und Staatssicherheit hatten ein gemeinsames Problem: ihre Zentrale. Die "Führung läßt die Basis alleine", rief der neue SED-Bezirkschef den Geheimdienstlern zu und bestätigte damit die von ihnen in mehreren Fernschreiben an ihre Berliner Leitung monierte Situation. Die Genossen der Bezirksleitung vertraten die Auffassung, daß sich das MfS in Karl-Marx-Stadt bisher besser auf die Entwicklung eingestellt hätte als die SED. Das Eingeständnis, daß inzwischen 30.000 Mitglieder die Partei verlassen hatten, kennzeichnete ihren Zustand. Es war von "realer Ohnmacht" die Rede, und es wurde prophezeit: "Wenn [die] SED geht, geht dieses Land einen Weg zur anderen Gesellschaft." Die Vorhersage: "Es wird die Zeit kommen, wo [das] Volk nach [dem] Sicherheitsorgan ruft", war als Trostpflaster für die hoffnungsvoll lauschenden Mitarbeiter der Staatssicherheit gedacht.¹⁸³ Dieser relativ optimistische Blick auf das MfS verkannte die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung und die Rolle des Geheimdienstes als "Schild und Schwert" der SED. Seine weitere Entwicklung wurde vom Schicksal der Partei bestimmt. Den Mitarbeitern war diese enge Bindung bewußt. In einer ganzen Reihe von Diskussionsbeiträgen auf Parteiversammlungen im Bezirksamt für Nationale Sicherheit (BAfNS) wurde die Einheit der Partei beschworen.

Als einen Nackenschlag empfanden die Mitarbeiter den Auftritt ihres Ministers vor der Volkskammer am 13. November.¹⁸⁴ Bezirksverwaltungsleiter Gehlert erklärte zwei Tage später relativ drastisch: "Wenn ich als Jäger spreche, war das der Fangschuß für die Tschekisten."¹⁸⁵ In einem Fernschreiben an das für Sicherheitsfragen zuständige Politbüromitglied, Wolfgang Herger, und den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS, Horst Felber, protestierten die MfS-Angehörigen des Bezirkes gegen die Bloßstellung des Geheimdienstes durch den "Abgeordneten Mielke".¹⁸⁶ Dem langjährigen Chef des Staatssicherheitsdienstes wurde der Eklat allerdings verziehen, seine Rolle in der kommunistischen Bewegung erfuhr sogar noch eine Würdigung. Die Vorwürfe richteten sich vor allem dagegen, daß niemand den Auftritt des der Situation nicht mehr gewachsenen 81jährigen Mielke verhindert hatte. Die Tschekisten forderten von Herger, die Möglichkeit zu schaffen, "das Ansehen und die Ehre" des MfS in der Öffentlichkeit wiederherzustellen. Empörung löste aus, daß dessen einzig erkennbare Reaktion darin bestand, den Eingang des Schreibens durch den Sektorenleiter "Staatssicherheit", Bengelsdorf, zu bestätigen und Grüße an den "lieben Genossen Gehlert" ausrichten zu lassen.¹⁸⁷

¹⁸² Mitschrift von Oberstleutnant Michael Weiß über die Parteiaktivtagung des BAfNS am 24.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, XXVI-51, S. 1–4, unpag.

¹⁸³ Ebenda, S. 1–4, unpag.

¹⁸⁴ Vgl. Süß: Entmachtung, S. 21f.

¹⁸⁵ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 13.

¹⁸⁶ Fernschreiben Nr. 781 vom 14.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-289, Bl. 289–300.

Der Antwortversuch Mielkes bezog sich auf eine Frage eines DBD-Abgeordneten zum Interview Gehlerts in der "Freien Presse". Daß die Möglichkeit verpaßt wurde, das MfS im positiven Licht darzustellen, löste in der BV besondere Verärgerung aus.

¹⁸⁷ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 13. Die Vorwürfe zu Herger wiederholte Gehlert noch einmal auf der SED-Bezirksleitungssitzung am 23.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/015.

Im Zeichen der Angriffe auf den Geheimdienst, aber auch im Wissen um den schlechten Ruf der Staatssicherheit, wollte Gehlert auf der Dienstversammlung am 16. November dennoch Zukunftsperspektiven weisen: "Kein Staat der Welt kann ohne Schutz- und Sicherheitsorgan existieren."¹⁸⁸ Bei anderer Gelegenheit sagte er: "Ob wir dann noch Ministerium für Staatssicherheit heißen, wenn ihr mich fragt, ich bin dagegen, [...] dann müssen sie rufen, Verfassungsschutz in die Produktion."¹⁸⁹ Vielleicht wußte er zu diesem Zeitpunkt schon von einer geplanten Namensänderung.

6 Mißlungene "Wende"

Die Erklärung des MfS-Kollegiums vom 15. November, die den Vorschlag enthielt, das MfS in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umzubenennen,¹⁹⁰ nahm die Leitung der Bezirksverwaltung mit Skepsis auf, da sie keine konkreten Perspektiven für den Geheimdienst enthielt. Man ahnte die Wirkung auf die Mitarbeiter, die eben darauf gewartet hatten.¹⁹¹ Durch die Auswertungs- und Kontrollgruppe wurden zwei Tage einschlägige Meinungsäußerungen zusammengefaßt:

"Es war jedoch nicht zu übersehen, daß die Kollegiumserklärung Betroffenheit, Besorgnis, aber auch Empörung auslöste. Anstelle wiederholter Danksagungen wurde ein konkreter Ausblick erwartet. Vorherrschend war die Frage, wie geht es mit uns im allgemeinen und mit jedem einzelnen im besonderen weiter."¹⁹²

In einem Fernschreiben an Wolfgang Schwanitz, der an die Spitze des neuen AfNS berufen worden war, faßte Gehlert erste Eindrücke mit folgenden Worten zusammen: "Die Erklärung wurde zwar mit nicht zu verkennender Bitternis und Enttäuschung, aber letztendlich, so möchte ich vorerst einschätzen, mit kommunistischer Standhaftigkeit entgegengenommen." Dem Fernschreiben war die Erklärung einer Diensteinheit der Bezirksverwaltung beigelegt, in der es erheblich deutlicher heißt:

"Die Grundorganisation unseres Dienstkollektives vertritt deshalb einmütig die Auffassung, daß der Genosse Felber und das Kollegium des Ministeriums für Staatssicherheit nicht mehr unser Vertrauen besitzen. Die Zeit verlangt mit Nachdruck, daß auch an die Spitze des Amtes für Nationale Sicherheit solche Genossen gestellt werden, [...] die mit beiden Beinen im Leben stehen, die bereit und in der Lage sind, die grundlegende Erneuerung des Sozialismus mitzuvollziehen."¹⁹³

Interessant ist in diesem Kontext, daß Gehlert am 17. November, also zwei Tage nach der Kollegiumserklärung, Gedanken des stellvertretenden Leiters der KD Oelsnitz, Jürgen Weber,

¹⁸⁸ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 27.

¹⁸⁹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 12.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 440, Bl. 35.

¹⁹⁰ "Erklärung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit" vom 15.11.1989; BStU, ZA, DSt 103640; vgl. dazu Süß: Entmachtung, S. 24f.

¹⁹¹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 11.

¹⁹² Information über die Reaktionen der Dienstkollektive der Bezirksverwaltung auf die Erklärung des Kollegiums des Ministeriums vom 15.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, L 26, unpag.

¹⁹³ Fernschreiben des Leiters BAFNS an den Leiter des AfNS vom 17.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, L 298, Bl. 117–119.

an das SED-Politbüromitglied Wolfgang Herger weiterleitete. In Webers Schreiben wurde eine Entflechtung von Partei und Staat vorgeschlagen. Einschätzungen wie die, daß das Strafrecht künftig nicht dem konjunkturellen Willen von Parteifunktionären unterworfen sein dürfe, und die rechtlichen Grundlagen künftig so gestaltet sein müßten, daß die Staatssicherheit dem Gesetz und der Regierung verpflichtet sei, zeigen, daß der Prozeß des Umdenkens bei Mitarbeitern an der Basis partiell schon weit fortgeschritten war.¹⁹⁴

Die Enttäuschung Gehlerts über die Erklärung des MfS-Kollegiums stand der seiner Mitarbeiter nicht nach. Er konnte es sich nicht verkneifen, in einer Dienstversammlung mit einem sarkastischen Tucholsky-Zitat zu reagieren. "Die Zentrale weiß alles besser. Die Zentrale hat zunächst eine Hauptsorge: Zentrale zu bleiben [...]. Der Zentrale fällt nichts ein, und die anderen müssen es ausführen."¹⁹⁵ Gehlert zelebrierte förmlich das Werk Tucholskys. Sein Vortrag zeigt, daß der Differenzierungsprozeß innerhalb des militärisch organisierten Geheimdienstes schon weit fortgeschritten war; von Loyalität gegenüber dem Kollegium konnte kaum noch gesprochen werden.

Auf mehrfache schriftliche und telefonische Anfragen Gehlerts zur Zukunft des Geheimdienstes, zu seiner Struktur und zum zukünftigen Personalbestand, die er an das SED-Zentralkomitee, an den 1. Sekretär der Kreisparteileitung im MfS und auch an Schwanitz richtete, erhielt er keine konkrete Antwort. Schwanitz reagierte zwar auf die Kritik der regionalen Mitarbeiter mit fernschriftlich übermittelten Erklärungen zur Arbeit des Amtes für Nationale Sicherheit, aber neben viel Agitation blieb es bei der Absichtserklärung, in Kommissionen die künftigen Aufgaben und Strukturen zu erarbeiten. In der Dienstbesprechung zur offiziellen Amtseinführung von Wolfgang Schwanitz durch Ministerpräsident Hans Modrow am 21. November kam der Dissens zwischen Gehlert und den Kollegiumsmitgliedern erneut deutlich zum Ausdruck. Der Bezirksamtsleiter forderte: "Wir wollen wissen oder sie [die Mitarbeiter] wollen wissen, wie geht es weiter? Nur mit Kommissionen und Vorschlägen, die jeder einbringen kann und soll, werden wir die Kollektive nicht mehr lange so beisammen halten können."¹⁹⁶ Schwanitz und Mittag sahen sich nicht in der Lage, konkrete Antworten zu geben und vertrösteten auf baldige Entscheidungen. Durch ein Interview von Schwanitz mit ADN erfuhren die Mitarbeiter aus der Presse, daß 8.000 von ihnen aus der Behörde ausscheiden sollten.¹⁹⁷ Gehlert protestierte noch am selben Tag telefonisch gegen diese seiner Meinung nach

¹⁹⁴ Schreiben von Jürgen Weber an Wolfgang Herger; BStU; ASt Chemnitz, L-7, Bl. 353–356. Interessant ist, daß es sich bei Jürgen Weber um den Sohn des 2. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Lothar Weber handelt; BStU, ASt Chemnitz, KS 2609.

¹⁹⁵ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 27–29.

¹⁹⁶ Diskussion nach der Amtseinführung von Wolfgang Schwanitz am 21.11.1989; BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 51.

¹⁹⁷ Fernschreiben des Leiters des BAfNS an den Leiter des AfNS vom 22.11.1989, Anlage zum Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAfNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 18 und 50f. Empörung löste vor allem aus, daß die Reduzierung sogar in den Blockparteizeitungen "Der Morgen" und "Die Union" stand, bevor eine Information innerhalb des Amtes erfolgte.

wissentlich zu niedrig angesetzte Zahl, weil sie bei den Mitarbeitern ungerechtfertigte Hoffnungen wecken würde.¹⁹⁸ Wenn der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung feststellte, daß die Partei sich zu sehr mit sich selbst beschäftigte,¹⁹⁹ traf das spätestens seit Mitte November in immer stärkerem Maße auch auf die Staatssicherheit zu.²⁰⁰ Zu den Vorwürfen in den Medien und auf Demonstrationen und – in allerdings relativ geringem Umfang – gegenüber den einzelnen Mitarbeitern, das eigene Volk bespitzelt und verfolgt zu haben, kam die direkte Sorge um den Arbeitsplatz. Durch die Kollegiumserklärung, aber auch infolge der Grenzöffnung am 9. November, wurde den Angehörigen der Staatssicherheit klar, daß eine ganze Reihe bisheriger Aufgaben wegfallen würde. Die Postkontrolle und die durch die Abteilung 26 organisierte akustische Überwachung gab es praktisch schon nicht mehr. Auch die Überprüfung der sogenannten Reisekader, das heißt der Bürger, die dienstlich ins Ausland fahren durften, oder der Geheimnisträger, konnte nach der Grenzöffnung entfallen. Für die verbleibende Arbeit würden weniger Mitarbeiter gebraucht werden. Gerüchte sprachen von einem Abbau um 50 Prozent und dem Wegfall der Kreisdienststellen, die jetzt Kreisämter genannt wurden.²⁰¹

Der Tonbandmitschnitt einer Dienstversammlung am 23. November dokumentiert, daß unter einem Teil der Mitarbeiter eine hysterische Stimmung ausgebrochen war.²⁰² Angst mußte aufkommen, wenn die MfS-Angehörigen bedachten, wie sie sich in der Vergangenheit gegenüber ihren Mitbürgern verhalten hatten. Die für die SED-Leitungen beklagte "Arroganz der Macht" traf mindestens in gleichem Maß auf den Staatssicherheitsdienst zu. Manche Mitarbeiter der für Observierung zuständigen Abteilung VIII hatten vor dem 7. Oktober pro Woche an 40 Wohnungs- bzw. Arbeitsplatzdurchsuchungen teilgenommen, nun hatten sie deshalb die schlimmsten Befürchtungen. Einer sagte: "Ich bin bekannt wie ein bunter Hund, mir bleibt nichts anderes übrig, als mich aufzuhängen, wenn es heißt, ich muß in die Volkswirtschaft." Ein anderer: "Mich müssen sie mit dem Traktor hier rausfahren, ich gehe nicht von diesem Amt."²⁰³

Die Leitung des Bezirksamtes konnte sich bis weit in den Dezember hinein nicht vorstellen, daß es die Staatssicherheit nicht auch künftig in irgendeiner Form geben würde. Gehlert entwickelte mit seinen Mitarbeitern viel Initiative, um den Einfluß auf das Geschehen nicht ganz aus der Hand zu geben. In der Berliner Zentrale waren durch Schwanitz Kommissionen gebildet worden, die die Aufgaben des Geheimdienstes neu bestimmen sollten.²⁰⁴ In der Kommission

¹⁹⁸ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAfNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 18.

¹⁹⁹ Mitschrift von Oberstleutnant Michael Weiß über die Parteiaktivtagung des BAfNS am 24.11.1989; BStU; ASt Chemnitz, XXVI-51, S. 1–4, unpag.

²⁰⁰ Aussage eines ehemaligen Mitarbeiters der Abteilung XX.

²⁰¹ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 25 und 29; Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAfNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 14f., 20 und 36.

²⁰² Mitschnitt der Dienstversammlung des Leiters des BAfNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, Tonband 01130480.

²⁰³ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAfNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 32.

²⁰⁴ Fernschreiben CFS 348 des Leiters des AfNS; BStU, ASt Chemnitz, XIX-152, unpag.

Strukturen arbeitete Gehlerts Stellvertreter für Aufklärung, Oberst Seifert, mit, und der Leiter der KD Karl-Marx-Stadt, Oberst Ehrig, wurde in eine Kommission delegiert, die sich mit der künftigen Rolle der Kreisämter beschäftigte.²⁰⁵ Sofort nach der Kollegiumssitzung am 15. November war im Bezirksamt eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die sich mit den zukünftigen Aufgaben des Geheimdienstes im regionalen Bereich befaßte. Ihre ursprüngliche Zusammensetzung aus je einem Mitarbeiter der Abteilung Kader und Schulung, der Abteilung Finanzen, der Parteileitung und dem Leiter des Medizinischen Dienstes änderte sich noch einmal und wurde den Erfordernissen angepaßt.²⁰⁶ An ihrer Spitze stand der Leiter der Kontrollgruppe Oberstleutnant Riedel und als Mitglieder gehörten ihr die Leiter der Abteilungen VI, VII und XIX an. Eine weitere Arbeitsgruppe im Kreisamt Karl-Marx-Stadt beschäftigte sich mit der Frage, wie man Mitarbeiter in zivile Berufe vermitteln könnte.²⁰⁷ Die Ausführungen auf der Dienstversammlung am 23. November bezeugen, daß sich beide Arbeitsgruppen vorrangig mit diesem Problem beschäftigten – ein Zeichen dafür, daß mit einem umfangreichen Personalabbau gerechnet wurde. Die Zeit drängte, denn als Konkurrenten um lukrative Stellen bewarben sich ehemalige Mitarbeiter des Parteiapparates, und auch die staatlichen Verwaltungen sollten reduziert werden.²⁰⁸ Bei der Stellensuche wurden viele langjährige Verbindungen zum Staatsapparat und zur Industrie genutzt. Gegenüber dem Leiter des Kreisamtes Werdau, Oberstleutnant Dörr, äußerte der Direktor eines Dienstleistungskombinats, daß er sich von seiner Funktion entbinden lassen wolle und plane, einen neuen volkseigenen oder privaten Betrieb aufzubauen. Er könne sich vorstellen, "dort auch die Belange des Amtes für Nationale Sicherheit zu integrieren". So wäre es möglich, daß Spezialisten aus der MfS-eigenen Entwicklungsstelle "Kartell" künftig "sogenannte Know-how-Ware" herstellen. Bei der Firmengründung könnte er "persönliche Verbindungen in die Wirtschaftsinstitute der DDR und ins Finanzministerium" nutzen. Für den Vertrieb schwebten ihm gemeinsame Firmen mit Partnern aus der Bundesrepublik vor, und auch die Finanzierung seiner Vorstellungen schien ihm ohne weiteres möglich.²⁰⁹

Immer wieder tauchte in verschiedenen Varianten der Gedanke auf, ein eigenes Dienstleistungsunternehmen aufzubauen, in dem die Mitarbeiter sich gegen Anfeindungen aus der

²⁰⁵ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 25. – Ministerpräsident Modrow hatte bei der Amtseinführung von Schwanitz als Leiter des AfNS am 21.11.1989 ausdrücklich auf die Bedeutung der Arbeit in den Bezirken und Kreisen hingewiesen; BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 29.

²⁰⁶ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 12.

²⁰⁷ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 13 und 19. Die Abteilung VI war für den grenzüberschreitenden Verkehr und Tourismus und dabei für die Kontrollen an den Grenzübergängen, die Abteilung VII für das Ministerium des Innern und die dem nachgeordnete Volkspolizei und die Abteilung XIX für Verkehr, Post und Nachrichtenwesen zuständig. Diese Bereiche waren vermutlich deshalb vertreten, weil dort die zukünftigen Tätigkeitsfelder für die MfS-Mitarbeiter erwartet wurden.

²⁰⁸ Ebenda, Bl. 27f.

²⁰⁹ Schreiben des Leiters des Kreisamtes Werdau an den Leiter des BAFNS vom 27.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-290, unpag.

Bevölkerung beistehen könnten.²¹⁰ Die Planungen nahmen konkrete Gestalt an und fanden Eingang in eine Vorlage des Sekretariats der SED-Bezirksleitung "Zur gegenwärtigen und künftigen Arbeit mit dem Parteieigentum", die am 30. November bestätigt wurde. Die Idee der Tschekisten, in von ihnen selbst geschaffenen Betrieben zu arbeiten, löste dort "euphorischen Beifall" aus. Bis ins Detail waren die Gründung eines Hauses der Dienstleistungen und einer Kfz-Werkstatt in bisher von der Staatssicherheit genutzten Gebäuden geplant. 242 bzw. 76 Mitarbeiter sollten dort einen neuen Arbeitsplatz finden.²¹¹ Schon am nächsten Tag berieten Vertreter des Amtes mit Mitarbeitern des Rates des Bezirkes, der Staatsbank sowie einem Juristen über die Bildung des volkseigenen Dienstleistungsbetriebes. Als wesentliche Probleme für den am 6. Dezember zu bildenden Aufbaustab notierte ein Stellvertreter Gehlerts: Mittelplanung, Statut, Gründungsurkunde und Handelsregistereintrag. Man wollte "vollendete Tatsachen schaffen und [den Betrieb] dann hochfahren".²¹² Wurde in den Diskussionen auf der Dienstversammlung am 23. November auffallend häufig von der Übernahme der Direktorenposten gesprochen,²¹³ so waren die Genossen am 4. Dezember schon bereit, fast jede Arbeit anzunehmen.²¹⁴

Bei Überlegungen zu Strukturveränderungen, die von der Leitung angestellt wurden, spielte eine entscheidende Rolle, daß die Arbeitsfähigkeit des Bezirksamtes und der Kreisämter infolge des Mitarbeiterabbaus nicht gefährdet werden dürfe. Optionen für künftige Weiterbeschäftigung sollten dadurch offen gehalten werden, daß Mitarbeiter nicht entlassen, sondern nur abkommandiert wurden.²¹⁵ Ende November waren von den fast 4.000 Angehörigen der BVfS etwa ein Viertel an neuen Arbeitsplätzen tätig. Das Gros von ihnen, etwa 600, an den neu entstandenen Grenzübergangsstellen zur Bundesrepublik, aber auch in Verkehrsbetrieben, bei der Post, im Handel und in der Industrie. Im Kern sollten die Spezialisten und die jüngeren, fähigen Mitarbeiter erhalten bleiben, um mit ihnen die Zukunft des Geheimdienstes zu sichern. Erst 65 Genossen hatten bis zu diesem Zeitpunkt Entpflichtungsanträge gestellt.²¹⁶

Nachdem in Berlin durch die für Strukturen zuständige Kommission am 23. November die grundsätzliche Orientierung beschlossen worden war, schickte das Bezirksamt Karl-Marx-Stadt am nächsten Tag seinen Vorschlag an die Zentrale. In den vier Strukturteilen – Funktionalorgane, Aufklärung, Verfassungs- und Staatsschutz sowie Sicherstellung – sollten fast alle Tätigkeitsfelder des MfS erhalten bleiben, von den bisher 22 Kreisdienststellen nur die vier Kreisämter Freiberg, Aue, Zwickau und Plauen fortbestehen. Es gab Pläne, in den

²¹⁰ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 24 und 37.

²¹¹ Vorlage für die SED-Bezirksleitung vom 29.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-290, unpag.

²¹² Handschriftliche Notizen des Stellvertreters Operativ; ebenda.

²¹³ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442.

²¹⁴ Mitschnitt der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 4.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, Tonband 01130480.

²¹⁵ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 23.

²¹⁶ Ebenda, Bl. 22f. und 34.

Polizeidienststellen der übrigen Kreise weitere Stützpunkte einzurichten. Für die zukünftigen Aufgaben waren ca. 1.400 Mitarbeiter vorgesehen, ungefähr ein Drittel der bisher Beschäftigten.²¹⁷

In der Diskussion unter den Mitarbeitern nahmen Fragen der finanziellen Abfindung beim Ausscheiden aus dem Amt und einer vorzeitigen Berentung breiten Raum ein. Der Leiter der Abteilung Finanzen erläuterte auf der Dienstversammlung am 23. November an Beispielen, mit welcher finanziellen Großzügigkeit der Übergang ins zivile Leben begleitet werden sollte. Neben nach Dienstjahren gestaffelten "Übergangsgebührrnissen" war vorgesehen, den Nettoverdienst, der wesentlich über dem Durchschnittsverdienst der DDR-Bevölkerung lag,²¹⁸ noch drei Jahre zu garantieren. Das Anspruchsdenken ging noch weiter. Eine ganze Reihe von Mitarbeitern fragte nach, ob sie ebenfalls jene 15 DM erhalten würden, die jedem DDR-Bürger bei Antritt einer Reise nach der Bundesrepublik zustanden, obwohl MfS-Angehörigen solche Reisen gar nicht erlaubt waren.²¹⁹

Bemerkenswert ist auch das Credo des Leiters des Medizinischen Dienstes im Zusammenhang mit Entlassungsuntersuchungen und Invalidisierungen. "Das sind wir [den Mitarbeitern] schuldig, weil wir in erster Linie Kommunisten sind, auch wir Mediziner, und in zweiter Linie Tschekisten und dann in dritter Linie erst Mediziner."²²⁰ So verwundert es nicht, daß es – nach 55 Invalidisierungen im ganzen Jahr 1989 – im Januar 1990 zu 89 Invalidisierungen kam und in 43 Fällen Körperschäden von mehr als 50 Prozent anerkannt wurden.²²¹ Im Frühjahr 1990 veranlaßte der Arbeitsausschuß für die Auflösung des MfS/AfNS eine Überprüfung der Entscheide, und ein Teil der Gutachten wurde wieder aufgehoben.²²²

Auch wenn sich die Mitarbeiter seit Mitte November vorrangig mit den Problemen beschäftigten, die sie selbst betrafen, so wurde doch, ihren Arbeitsbüchern zufolge, im Bezirksamt bis zum 6. Dezember weitergearbeitet. Im wesentlichen handelte es sich dabei um Rückzugsmanöver: den Abbau der Beobachtungstechnik, die Aufgabe konspirativer Treffwohnungen oder die Sicherung der Dienststellen. Immer wieder wurde auf die Bedeutung der Konspiration für die Arbeit der Staatssicherheit verwiesen – man wollte der Öffentlichkeit keine weiteren kritischen Ansatzpunkte liefern. Sicher hat aber auch eine Rolle gespielt, daß man nicht wußte, mit welchen Mitteln der künftige Geheimdienst arbeiten würde. Unsicherheit dürfte deshalb darüber bestanden haben, welche Unterlagen noch benötigt würden.

²¹⁷ Strukturvorschläge der Bezirksämter für Nationale Sicherheit; BStU, ZA, ZAIG 13956, Bl. 15–21.

²¹⁸ Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch, IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 62.

²¹⁹ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAfNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 38f.

²²⁰ Ebenda, Bl. 45f.

²²¹ Abschlußbericht des Regierungsbeauftragten für die Auflösung des MfS/AfNS vom 15.3.1990; STAC, Rat des Bezirkes, 137670.

²²² Bericht des Arbeitsausschusses zur Auflösung des MfS/AfNS vom 14.3.1990, S. 2; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989.

Auf einer Dienstversammlung am 16. November hatte Gehlert erklärt: "Wenn wir Papier vernichten, was politisch-operativen Charakter hat, dann wird man uns eines Tages nachsagen wollen und können, daß wir etwas zu verbergen hatten. Wir haben nichts zu verbergen."²²³ Doch leere Akten und zum Teil noch vorhandene Aktendeckel, die oft das Datum der Vernichtung des Inhalts aufweisen, strafen diese Aussage Lügen. Die Vernichtung war vom Ministerium, später vom Amt, angeordnet worden, erfolgte gezielt und nahm nur Unterlagen aus, von denen angenommen wurde, daß sie auch in Zukunft noch benötigt würden.²²⁴ Unter anderem waren die Unterlagen der Dienstseinheiten über das Einrichten von Isolierungslagern, in die in Spannungsperioden und im Verteidigungszustand Andersdenkende gesperrt werden sollten, an die zuständige Arbeitsgruppe des Leiters zu schicken.²²⁵ Davon sind nur noch Reste vorhanden, die Rückschlüsse auf die ehemals vorhandenen Unterlagen zulassen. Im Arbeitsbuch eines Mitarbeiters der Abteilung XX steht am 30. November dazu: "[Direktive] 1/67 – Akten im Referat müssen bereinigt werden!"²²⁶ In Referatsleiterbesprechungen der Abteilung II war am 4. und am 11. Dezember die Rede davon, daß Akten vernichtet bzw. zur Vernichtung vorbereitet werden sollten.²²⁷ Die Abteilung 26 hat über ihre Aktenkassationen protokollarische Nachweise geführt.²²⁸ Eine größere Anzahl Aktenbündel aus verschiedenen Abteilungen und Kreisdienststellen trägt den Vermerk "Vernichten". Die Mitarbeiter wollten sich in noch weit größerem Umfang, als das tatsächlich geschehen ist, vom Ballast der Vergangenheit trennen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß auf einem Schreiben von Schwanitz zur Reduzierung dienstlicher Bestimmungen und Weisungen vom 29. November²²⁹ der Vermerk des Stellvertreters Operativ, Oberstleutnant Walther, "Ablage nichts vernichten" zu finden ist.²³⁰

Der künftige Einsatz inoffizieller Mitarbeiter beschäftigte die Leitungen in Berlin und Karl-Marx-Stadt. Die Zentrale des AfNS arbeitete in der zweiten Novemberhälfte an Konzeptionen für das weitere Zusammenwirken.²³¹ Im Bezirksamt ging es mehr um den praktischen Aspekt, wie die IM bei der Stange gehalten werden könnten. Es wurden bereits Bitten ausgesprochen, keine Treffs mehr durchzuführen. In den Kreisen war vom beginnenden Zerfall des IM-Netzes

²²³ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 16.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 441, Bl. 11.

²²⁴ Von der Leitung des Ministeriums bzw. Amtes sind drei vertrauliche Anweisungen vom 6., 22. und 29. November ergangen, die die Reduzierung der Unterlagen zum Ziel hatten; BStU, ASt Chemnitz, BdL 217, unpag.

²²⁵ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 4 und 20.

²²⁶ Mitschrift Referatsbesprechung XX/4 am 30.11.1989 im Arbeitsbuch von Hauptmann Lutz Naumann; BStU, ASt Chemnitz, XX-534.

²²⁷ Mitschriften von Referatsleiterbesprechungen im Arbeitsbuch von Hauptmann Michael Schmidt; BStU, ASt Chemnitz, II-281.

²²⁸ Vernichtungsprotokolle – 1989; BStU, ASt Chemnitz, XXVI – 36, BdL 217, unpag.

²²⁹ Vgl. Süß: Entmachtung, S. 40f.

²³⁰ Vernichtungsprotokolle – 1989; BStU, ASt Chemnitz, XXVI – 36, BdL 217, unpag.

²³¹ Entwürfe zur zukünftigen Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern; BStU, ZA, ZAIG 13663, Bl. 1–10.

die Rede, und Informationen wurden meist nur noch mündlich übermittelt. Aber dennoch war ein erstaunlich großer Teil der "Agenturen" weiterhin zur Zusammenarbeit bereit.²³²

Der Geheimdienst ließ sich diese Treue etwas kosten. Die übergebenen Summen überstiegen häufig das bis dahin übliche Niveau. In den letzten drei Monaten erhielt ein für die Abteilung XX arbeitender IMB "Schiller" 12.050 M, ein IMB "F. Körner" 8.539 M, eine IMB "Gerit" 6.900 M. An einige andere IM wurden ähnliche Beträge gezahlt.²³³ Mit dem inoffiziellen Netz wollten die Führungsoffiziere ihre künftige Arbeit organisieren. Doch am 5. Dezember mußte Gehlert seinem Vorgesetzten Schwanitz in einem Fernschreiben mitteilen, daß immer mehr IM persönlich und telefonisch die Forderung erhoben, ihre Akten zu vernichten.²³⁴ Treffs zwischen Führungsoffizieren und inoffiziellen Mitarbeitern fanden, nach den vorliegenden Quittungen zu schließen, bis Anfang Januar 1990 statt.²³⁵

Mit der inhaltlichen Ausgestaltung der von Egon Krenz proklamierten "Wende" hatte die Leitung erhebliche Probleme. Daß ein neues Gesetz über öffentliche Ordnung und staatliche Sicherheit den Rahmen für zukünftiges Handeln bilden würde, darüber bestand nach der Amtsübernahme durch die Regierung Modrow kein Zweifel. Die Vorstellungen über Befugnisse und Arbeitsweise des Geheimdienstes und dessen Kontrolle orientierten sich am sowjetischen Vorbild. Der KGB hatte die Veränderungen seit der Machtübernahme durch Gorbatschow relativ unbeschadet überstanden.²³⁶ In den Volksvertretungen wurde weiterhin eine SED-Mehrheit erwartet. Die Genossen glaubten sogar, daß die Aufgabe der in Artikel 1 der Verfassung verankerten führenden Rolle der SED nur formale Veränderungen nach sich ziehen würde. Gehlert konnte sich vorstellen, Mitglied des Bezirkstages zu werden und dort gegenüber einem Verfassungsausschuß rechenschaftspflichtig zu sein.²³⁷ Aber schon die Einschätzung: "... daran müssen wir uns gewöhnen. Oder wir werden uns gewöhnen müssen, das ist vielleicht besser", läßt erkennen, daß fast 40jähriges Handeln nach einem Gesetz, welches dem Wirken des MfS kaum Grenzen gesetzt hatte, dem Verständnis für demokratische Gepflogenheiten entgegenstand. Die ablehnenden Kommentare zur Überprüfung des Einsatzes der Sicherheitskräfte am 7. Oktober kann man verstehen, da MfS-Mitarbeiter darin verstrickt waren. Die harsche Kritik an der in einem Positionspapier der SED-Bezirksleitung geäußerten Absicht, Amtsmissbrauch durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse überprüfen zu lassen, zeigt,

²³² Fernschreiben des Leiters der KD Annaberg an den Leiter der BV Karl-Marx-Stadt vom 7.11.1989, Anlage zum Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 34–36.

²³³ Operativgeldabrechnungen Abteilung XX 1989–1990; BStU, ASt Chemnitz, Abteilung Finanzen, Operativgeldabrechnungen, unpag.

²³⁴ Fernschreiben des Leiters des BafNS an den Leiter des AfNS vom 5.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, L 188, S. 3, unpag. In einigen Dienstseinheiten wurden diese Unterlagen fast vollständig vernichtet.

²³⁵ Operativgeldabrechnungen Abteilung XX 1989–1990; BStU, ASt Chemnitz, Abteilung Finanzen, Operativgeldabrechnungen, unpag.

²³⁶ Vgl. Süß: Entmachtung, S. 42.

²³⁷ Protokoll der Dienstversammlung des BV-Leiters am 8.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 438, Bl. 12 und 15.

daß sein Denken weiter in überkommenen Vorstellungen verhaftet war.²³⁸ Um negativen Überraschungen vorzubeugen, stellte er in seiner Dienstversammlung klar: "Ehe man zu einem Untersuchungsausschuß geht, dann möchte er sich bitte schön vorher beim Leiter der Bezirksverwaltung oder beim Stellvertreter, ich will einmal bewußt sagen, die Genehmigung einholen."²³⁹ Aber auch Gehlert war durch eine Festlegung von Schwanitz gezwungen, eine Kommission zur Untersuchung von Korruption und Amtsmißbrauch innerhalb des Bezirksamtes zu bilden.²⁴⁰

Völliges Unverständnis zeigte er, als Anfang Dezember ein Volkskammerabgeordneter der NDPD aufgrund seines Mandats und nach Rücksprache mit dem Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, Schwanitz, die Akten des Kreisamtes in Aue ansehen wollte. Als der Schwanitz nachgeordnete Leiter des Bezirksamtes verwies Gehlert darauf, daß nur der Volkskammerausschuß für Nationale Verteidigung unter Leitung des SED-Politbüromitgliedes Wolfgang Herger berechtigt sei, dazu die Genehmigung zu erteilen und wies dieses Ansinnen zurück.²⁴¹ Gereizte Bemerkungen über den "Blockfreund Gerlach", der immerhin seit vielen Jahren stellvertretender Staatsratsvorsitzender war, und die Sicht auf die anderen in der Nationalen Front zusammenarbeitenden Parteien lassen erkennen, daß die Leitung – und wie Diskussionsbeiträge auf Parteiversammlungen zeigen, auch ein Großteil der Mitarbeiter – des Bezirksamtes sich ihr Amt nicht anders vorstellen konnten, denn als Schild und Schwert ihrer Partei.²⁴²

Auf der Konferenz für die Wahl der Delegierten des Bezirksamtes zu dem für Mitte Dezember einberufenen außerordentlichen Parteitag der SED am 30. November wiesen die "Tschekeiten" darauf hin, daß auch sie das Volk seien. Der erneut als Gast teilnehmende 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Rolf Dunger, brachte zum Ausdruck, daß er eine "tiefe Achtung und hohe Wertschätzung für die Haltung des Genossen Siegfried Gehlert" empfindet. Die veränderte Einstellung der Parteiführung im Bezirk – das dürften die anwesenden Genossen mit Genugtuung zur Kenntnis genommen haben – ließ sich aus dem Schluß seines Diskussionsbeitrages ablesen: "Wende – und damit laßt mich schließen – heißt nicht in dieser schicksalsschweren Zeit, den notwendigen Schulteranschlag zwischen Partei und Tschekeiten auch nur um einen Deut zu lockern."²⁴³ Im Beschluß der Delegiertenkonferenz wurde als eines der wesentlichsten Ziele "die Verhinderung einer Spaltung und die Wahrung des marxistisch-

²³⁸ Protokoll zur Tagung der SED-Bezirksleitung am 23.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/015.

²³⁹ Protokoll der Dienstversammlung des BAFNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, Bl. 26.

²⁴⁰ Fernschreiben Nr. 988 des Leiters des BAFNS an die Leiter aller Dienstseinheiten; BStU, ASt Chemnitz, L-297, unpag.

²⁴¹ Fernschreiben des Leiters des BAFNS an den Leiter des AfNS vom 5.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, L 188, S. 1f., unpag.

²⁴² Mitschriften von Diskussionsbeiträgen auf Dienst- und SED-Mitgliederversammlungen November/Dezember 1989 im Arbeitsbuch von Major Bernd Clauß; BStU, ASt Chemnitz, M 89.

²⁴³ Diskussionsbeitrag des Genossen Dunger zur Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation des BAFNS am 30.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989.

leninistischen Charakters unserer Partei" genannt. Es gab Forderungen, ihre Einheit und Reinheit wieder herzustellen und eine Spaltung der SED zu vermeiden, denn sie würde die DDR zerreißen. Eine Abstimmung zwischen den Delegierten der Bezirksämter wurde angestrebt, um gemeinsame Interessen besser vertreten zu können.²⁴⁴

Erste Ansätze von Kritik an leitenden Mitarbeitern und ihrem Führungsstil wurden erkennbar. Schon bei der Wahl der Delegierten hatte sich eine ganze Reihe der von den Leitungen favorisierten Kandidaten nicht durchsetzen können.²⁴⁵ Die Kritik richtete sich, wie schon mehrfach, gegen die Leitung des Amtes für Nationale Sicherheit. Innerhalb des Bezirksamtes blieb sie, den Unterlagen nach zu urteilen, die Ausnahme. Immerhin wurde der Parteisekretär nicht als Delegierter für den Parteitag gewählt, was einem Mißtrauensvotum gleichkam. In der Dienstversammlung am 4. Dezember meinte ein Genosse, mit ihm sei keine Erneuerung möglich: "Wenn er Charakter hätte, würde er zurücktreten."²⁴⁶ Es gab Diskussionen darüber, daß Leitungsmitglieder in den Genuß von Privilegien gekommen waren. Gehlert trat im Amt wie auch in der SED-Bezirksleitung gegen kritische Meinungsäußerungen auf und es gelang ihm immer wieder, die Genossen darauf einzuschwören, zusammenzustehen und Auseinandersetzungen zu verhindern.²⁴⁷

Anfang Dezember verstärkte sich der Druck auf SED und Staatssicherheit.²⁴⁸ Zur Montagsdemonstration am 4. Dezember in Karl-Marx-Stadt waren wieder über 50.000 Menschen auf der Straße, in den Kreisstädten sah es ähnlich aus.²⁴⁹ Ein Warnstreik in Klingenthal und die Forderung des Neuen Forums in Karl-Marx-Stadt nach einem Generalstreik, der endlich Veränderungen erzwingen sollte, spitzten die Lage zu.²⁵⁰ Die zentrale und die regionale staatliche Verwaltung wurden handlungsunfähig; in Marienberg versiegelten Bürger die Diensträume des Rates des Kreises.²⁵¹ Schon am 24. November hatten zwei inoffizielle Mitarbeiter unabhängig voneinander ihren für die Abteilung XX tätigen Führungsoffizieren berichtet, daß der Vertreter des Neuen Forums, Dr. Martin Böttger, bei der Beratung des un-

²⁴⁴ Mitschrift des Oberstleutnant Michael Weiß über die SED-Delegiertenkonferenz am 30.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, XXVI-51, S. 1–6, unpag.; Erklärung der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation des BAFNS Karl-Marx-Stadt; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989.

²⁴⁵ Aussage eines ehemaligen Mitarbeiters der Abteilung XX.

²⁴⁶ Diskussionsbeitrag Major Matthias Kuchler auf der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 4.12.1989 im Arbeitsbuch des Majors Bernd Clauß; BStU, ASt Chemnitz, M 89, Bl. 63.

²⁴⁷ Protokoll der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 23.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, AKG 442, Bl. 40–41; Protokoll zur Tagung der SED-Bezirksleitung am 23.11.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV F-2/1/015.

²⁴⁸ Am 1. Dezember waren in der Volkskammer erste Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zu Amtsmissbrauch und Korruption über die Privilegien der bisherigen Machthaber bekanntgegeben worden, die eine neue Welle der Empörung auslösten. An diesem Tag wurde die in Artikel 1 der Verfassung festgeschriebene führende Rolle der SED in der DDR-Gesellschaft gestrichen.

²⁴⁹ Informationen über bedeutsame Ereignisse vom 4. bis 5.12.1989, Parteiinformation 747/89, S. 1–5; BStU, ASt Chemnitz, AKG 419.

²⁵⁰ Information über die Lage der staatlichen Sicherheit im Bezirk Karl-Marx-Stadt am 6.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, L 296, unpag.

²⁵¹ Mitschrift der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS Oberst Schaufuß am 7.12.1989 im Arbeitsbuch von Major Bernd Clauß; BStU, ASt Chemnitz, M 89, S. 64.

abhängigen Untersuchungsausschusses des Bezirkes am 29. November fordern wolle, die Akten von durch das MfS politisch Verfolgten offenzulegen. Noch bedrohlicher erschienen vermutlich Pläne, nach denen in allen Bezirksdienststellen durch Menschenansammlungen und eventuelles Stürmen der Objekte die Herausgabe aller zu Bürgern angelegten Akten erzwungen werden sollte. Das Neue Forum wolle sich in den Besitz der als "V-Männer-Kartei" bezeichneten IM-Unterlagen bringen und sie der Öffentlichkeit preisgeben.²⁵² Eine direkte Reaktion der Geheimdienstler ist nicht erkennbar, aber es häuften sich Anfang Dezember Anzeigen von Bürgern bei Polizei und Staatsanwaltschaften über vermutete Aktenvernichtungen.²⁵³

Die leitenden Mitarbeiter des Geheimdienstes erkannten, daß Ventile für den angestauten Druck geöffnet werden mußten. So konnten fünf Vertreter der Bürgerinitiative des Karl-Marx-Städter Stadtteils Adelsberg am 29. November die dortige Dienststelle des Bezirksamtes besichtigen, selbstverständlich nur ausgewählte, unverfängliche Räume.²⁵⁴ Die dazu ebenfalls eingeladene SED-Bezirkszeitung "Freie Presse" berichtete am 1. Dezember darüber. Auch Fotos konnten aufgenommen werden.²⁵⁵ In Schwarzenberg wurde nach der Demonstration am 4. Dezember eine Gruppe von vier Jugendlichen ins Kreisamt eingelassen und durch verschiedene Räume geführt.²⁵⁶

Am Nachmittag des 4. Dezember begannen Mitglieder der Bürgerinitiativen die Dienststellen der Staatssicherheit zu überwachen, ausfahrende PKW der Mitarbeiter zu kontrollieren und die Öffnung der Kofferräume zu fordern.²⁵⁷ Nachdem ein ehemaliger MfS-Mitarbeiter die Nachricht verbreitet hatte, daß im Kreisamt Oelsnitz Akten verbrannt würden, hatte das Neue Forum für die Abendstunden des 4. Dezember zu einer Demonstration aufgerufen. Die Staatssicherheit fürchtete aufgrund ungesicherter Informationen, daß bei dieser Gelegenheit die Dienststelle gestürmt werden würde.²⁵⁸ In einem Fernschreiben fragte deshalb Gehlert bei Schwanitz an, was mit den in den Kreisämtern lagernden Waffen geschehen sollte.²⁵⁹ Der Gedanke an diese Waffen versetzte auch einige leitende Mitarbeiter in Panik.²⁶⁰

Am selben Tag hatte sich die Leitung des Bezirksamtes versammelt, um über die Zukunft des Geheimdienstes zu beraten. Sehr emotional war gerade über die Sicherheit der in den

252 Information der Abteilung XX vom 24.11.1989; BStU, ASt Chemnitz, XX-1353, unpag.

253 Akte "Versiegelung"; BStU, ASt Chemnitz, L 297, unpag.

254 Notiz über eine Mitteilung von Oberst Johannes Seifert am 29.11.1989 im Arbeitsbuch von Oberstleutnant Dieter Ullmann; BStU, ASt Chemnitz, II 282, Bl. 37f.

255 Bisher verschlossene Türen öffneten sich, in: "Freie Presse" vom 1.12.1989, S. 8.

256 Informationen über bedeutsame Ereignisse vom 4.–5.12.1989, Parteinformation 747-89, S. 3f.; BStU, ASt Chemnitz, AKG 419, unpag.

257 Aktennotiz und Rapportmeldung des diensthabenden Offiziers vom 5.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-296, unpag.

258 Fernschreiben des Leiters BAFNS an den Leiter des AfNS vom 4.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989.

259 Fernschreiben des Leiters des BAFNS an den Leiter des AfNS vom 5.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-188, S. 3, unpag.

260 Mitschnitt der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 4.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, Tonband 01130480.

Dienststellen lagernden Waffen debattiert worden, da platzte 16.00 Uhr die Meldung vom "gewaltsamen Eindringen einer großen Menschenmenge" in das Bezirksamt Erfurt in die Runde und schien die Befürchtungen zu bestätigen.²⁶¹ Anschließend wurden zwei weitere Fernschreiben von Schwanitz verlesen. Eins enthielt die Aufforderung an die Tschekisten, ihre Dienstobjekte mit allen Mitteln außer mit Waffengewalt zu verteidigen. Das zweite wurde mit Erleichterung aufgenommen. Schwanitz informierte darüber, daß er mit Vertretern der Bürgerbewegung verhandelte und diese in einem Aufruf zur Gewaltlosigkeit mahnten. Er untersagte jegliche Vernichtung dienstlicher Unterlagen. Gehlert und die versammelten Genossen fühlten sich in ihrer Absicht, die Opposition in das System zu integrieren, bestätigt, wobei ihre Vorstellungen weit von der Wirklichkeit und erst recht vom Willen der Bürgerbewegung entfernt lagen. Mit kaum noch beherrschter Stimme appellierte der Bezirkschef zum Abschluß seiner letzten Dienstversammlung, alle Vorbehalte gegeneinander zurückzustellen und für den Erhalt der Macht der SED zusammenzustehen.²⁶² Daß manche der Anwesenden die Situation realistischer einschätzten, kann an der letzten Notiz eines Mitarbeiters über diese Beratung abgelesen werden: "Das Ende, Gott sei Dank."²⁶³ Der zähe Kampf um die Entmachtung der Staatssicherheit hatte auch den Geheimdienstlern Nerven gekostet.

Eine Aktennotiz des Diensthabenden des Amtes vom 5. Dezember hält in nüchternen Worten fest, wie am Vortag die Vertreter der Bürgerbewegung die Handlungsmöglichkeiten der Staatssicherheit weiter eingeschränkt hatten. Man hatte davon Kenntnis erhalten, daß die Staatssicherheit sieben Tonnen Unterlagen in der Papierfabrik Raschau vernichten wollte. Dagegen richteten sich die Kontrollen der Fahrzeuge von Mitarbeitern am Dienstobjekt Jagdschänkenstraße, aber auch am Gebäude des Medizinischen Dienstes. Vermutlich von Meldungen in den Massenmedien inspiriert, versammelten sich in der Nacht zwölf Personen vor dem Kreisamt Aue. Bis 3.30 Uhr hatte der Staatsanwalt unter Aufsicht von zwei Vertretern des Neuen Forums alle Panzerschränke und einen Teil der Türen versiegelt. Am nächsten Morgen konnten Mitglieder der Bürgerbewegung einige Räume des Stasigebäudes an der Jagdschänkenstraße, darunter das Archiv, besichtigen.²⁶⁴ Der Bezirksstaatsanwalt verbot dem Bezirksamt schriftlich die Vernichtung von Akten, und seine Mitarbeiter versiegelten zusammen mit Vertretern der Demokratisch-Oppositionellen Plattform im Laufe des Tages alle Archive, die Panzerschränke und einen Teil der Räume. Im Dienstobjekt Juri-Gagarin-Straße wurden

²⁶¹ Vgl. zu dieser Falschmeldung Süß: Entmachtung, S. 56f.

²⁶² Mitschrift der Dienstversammlung des Leiters des BAFNS am 4.12.1989 im Arbeitsbuch von Major Bernd Clauß; BStU, ASt Chemnitz, M 89, Bl. 61.

²⁶³ Arbeitsbücher der Mitarbeiter der Abteilung M, Name des Mitarbeiters konnte noch nicht festgestellt werden.

²⁶⁴ Aktennotiz und Rapportmeldung des diensthabenden Offiziers vom 5.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, L-296, unpag.

durch den kontrollierenden Staatsanwalt die in der "Schießhalle" in Containern eingelagerten Akten aus den Kreisdienststellen gesichert.²⁶⁵

Auf der SED-Bezirksleitungssitzung am 5. Dezember mußte der 1. Sekretär, Norbert Kertscher, zur Lage des Geheimdienstes einschätzen, "daß die Apparate auch in ihrer Funktion eingeschränkt wurden oder gänzlich aufhören zu funktionieren. Und vergessen wir nicht die psychologische Wirkung, die von diesen Handlungen ausgeht. Das ist keine Verunsicherung mehr, sondern ein Infragestellen ihrer Funktion und Tätigkeit."²⁶⁶ Das war eine Einschätzung, die auch aus heutiger Sicht noch zutreffend ist. Gehlert bezeichnete die Besetzung der Dienststellen als Psychoterror, der in persönlichen Terror umschlagen würde. Er wollte "Dokumente" nur offenlegen, wenn ein Beschluß der Volkskammer vorläge. Auf eine Vorhaltung des Bezirksstaatsanwaltes, der berichtete, er habe persönlich 18 Tonnen Unterlagen vor der Vernichtung bewahrt, behauptete Gehlert, dabei habe es sich nur um "Makulatur", Zeitschriften und ähnliches gehandelt. In dem Gremium regte sich kein Widerspruch. Wie der Bezirksstaatsanwalt hatte auch die Polizei – im nachhinein betrachtet zweifellos erfolgreich – die Flucht nach vorn angetreten. In seinem Diskussionsbeitrag erklärte der Bezirkspolizeichef Peter Müller, es müsse ein Konsens mit allen gesellschaftlichen Kräften gesucht werden. Um bewaffnete Konflikte möglichst auszuschließen und Ruhe und Ordnung zu erhalten, sei die Beteiligung der Volkspolizei am Versiegeln der Räume nicht zu vermeiden gewesen. Die Besetzung der Dienststellen des Amtes bezeichnete er als "eine beschämende Situation."²⁶⁷ Die Beteiligung von Polizei und Staatsanwaltschaft an den Aktionen der Bürgerbewegung gegen die Staatssicherheit zeigt, daß sie sich zu einem wesentlichen Einflußfaktor entwickelt hatte.

7 Abwicklung

Alle Ereignisse im Zusammenhang mit dem Bezirksamt Karl-Marx-Stadt nach dem 5. Dezember 1989 fallen unter den Begriff Abwicklung. Mit der Versiegelung von Diensträumen – die Mehrzahl der Kreisämter wurde nach dem Beschluß über deren Auflösung am 10. Dezember gesichert²⁶⁸ – und mit der Ablösung von Generalleutnant Gehlert als Leiter des Bezirksamtes durch seinen ersten Stellvertreter Oberst Schaufuß am 7. Dezember begann das

²⁶⁵ Akte "Versiegelung"; BStU, ASt Chemnitz, L-297, unpag. Am Vormittag des 4.12.1989 hatte sich der Leiter des Bezirksamtes Erfurt dem Druck der Demonstranten, die die Eingänge der Dienststelle blockierten, beugen müssen und sie eingelassen. Insgesamt besichtigten ca. 300 Personen die Räumlichkeiten. Damit war die von Martin Böttger um den 20. November geäußerte Möglichkeit zur Besetzung von Stasi-Gebäuden in die Tat umgesetzt worden. Das Erfurter Geschehen hatte Signalwirkung. Vgl. Süß: Entmachtung, S. 56 ff.

²⁶⁶ Protokoll zur Tagung der SED-Bezirksleitung am 5.12.1989; STAC, SED-BPA Karl-Marx-Stadt, IV-F2/1/016.

²⁶⁷ Ebenda. Nach einer am 7.12. abgezeichneten Handlungsorientierung sollte bei Forderungen von Bürgerinitiativen zur Besichtigung von der SED gehörenden Gebäuden, zur Versiegelung von Panzerschränken, Einsichtnahmen in Materialien in jedem Fall die prinzipielle Bereitschaft erklärt, aber ein Staatsanwalt als Vertreter des Gesetzes mit einbezogen werden. Handlungsorientierung; BStU, ASt Chemnitz, Mappe Herbst 1989, unpag.

²⁶⁸ Akte "Versiegelung"; BStU, ASt Chemnitz, L 297, unpag.

Ende des Staatssicherheitsdienstes im Bezirk Karl-Marx-Stadt.²⁶⁹ Zwar hatte der Leiter des Kreisamtes Annaberg beim Staatsanwalt gegen die Versiegelung protestiert und sie als Verfassungsbruch bezeichnet, aber das blieb eine Episode am Rande des Geschehens.²⁷⁰ Aus heutiger Sicht waren die wesentlichen Entscheidungen gefallen. Mit dem Ausscheiden Gehlerts schien der Wille, die Entwicklung zu beeinflussen, gebrochen. Am 6. Dezember gründete sich ein Rat der Mitarbeiter, der deren "Stimme und Meinung" gegenüber der Leitung Gehör verschaffen wollte.²⁷¹ Gehlerts Kommentar: "Es ist unüblich, in militärischen Organen einen Rat zu bilden." Trotzdem nahmen er und Schaufuß an dessen Beratung am 7. Dezember teil.²⁷²

Unsicherheit und Uneinigkeit herrschten über die Aufgaben dieses "Rates". Er tagte im Dezember mindestens siebenmal, bildete Kommissionen, einen Sprecherrat und suchte am Ende wieder den Schulter schluß mit der Leitung. Am 15. Dezember wurde im Rat diskutiert, eine Delegation zum ehemaligen Leiter des Bezirksamtes Gehlert zu schicken und ihn zur Mitarbeit aufzufordern.²⁷³ Immer wieder brachten die Mitarbeiter zum Ausdruck, daß sie sich von der SED-Führung mißbraucht fühlten und mit diesen "Verbrechern" nicht gleichgesetzt werden wollten. Die Enttäuschung über die Leitung des Amtes für Nationale Sicherheit schlug sich in der Forderung nieder, Schwanitz solle zurücktreten.²⁷⁴ Alle Hoffnungen und Planungen für einen Verfassungsschutz zerschlugen sich im Januar 1990.

Die Leistung der im Herbst 1989 gewaltlos demonstrierenden Bürger soll mit einem letzten Gehlert-Ausspruch gewürdigt werden. Vor dem "Rat der Mitarbeiter" charakterisierte er am 7. Dezember 1989 die Zerschlagung des einst so mächtigen und gefürchteten Repressionsapparates mit den Worten: "In keinem Staat der Welt hat es das jemals gegeben, daß oppositionellen Gruppierungen Tore und Türen zu Panzerschränken und Archiven geöffnet werden."²⁷⁵

²⁶⁹ Fernschreiben Leiter BAfNS an Leiter aller Dienstseinheiten vom 8.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, XXVI-54, unpag.

²⁷⁰ Schreiben des Leiters des Kreisamtes an den Staatsanwalt des Kreises Annaberg vom 6.12.1989. Akte "Versiegelung"; BStU, ASt Chemnitz, L 297, unpag.

²⁷¹ Anwesenheitsliste zur Bildung des "Rates der Mitarbeiter" vom 6.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, VII 67, unpag.

²⁷² Protokoll zur Beratung des Rates der Mitarbeiter vom 7.12.1989, S. 7; BStU, ASt Chemnitz, VII 67, unpag.

²⁷³ Mitschrift zur Beratung des Arbeitsgremiums des Rates der Mitarbeiter am 15.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, VII 67, unpag.

²⁷⁴ Mitschrift der Dienstversammlung des Leiters des BAfNS am 4.12.1989 im Arbeitsbuch von Oberstleutnant Dieter Ullmann; BStU, ASt Chemnitz, II 282, Bl. 39.

²⁷⁵ Mitschrift zur Beratung des Arbeitsgremiums des Rates der Mitarbeiter am 15.12.1989; BStU, ASt Chemnitz, VII 67, unpag.

Abkürzungsverzeichnis

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
ASt	Außenstelle
BAfNS	Bezirksamt für Nationale Sicherheit
BdL	Büro der Leitung
BPA	Bezirksparteiarchiv
BStU	Der Bundeseauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDU	Christlich Demokratische Union
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DE	Diensteinheit
DSt	Dokumentenstelle
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter, der mit der Sicherung eines gesellschaftlichen Bereichs oder Objekts beauftragt ist
KD	Kreisdienststelle
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit
KP	Kommunistische Partei
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
OB	Oberbürgermeister
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
STAC	Staatsarchiv Chemnitz
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
unpag.	unpaginiert
VP	Volkspolizei

ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee